

Geld für
Bildung
statt für
Rüstung!

Wegen
Lehrer:innen-
mangel
kein
Unterricht!

**Aktuelles Schuljahr
unter desolaten
Bedingungen**

DDS

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern

Oktober
2022

Aktuelles Schuljahr unter desolaten Bedingungen

- 3 **Schuljahr 2022/2023: Das Murmeltier ist geschockt**
von Florian Kohl
- 5 **Sehr geehrter Herr Staatsminister Prof. Dr. Piaolo – es ist Zeit, Danke zu sagen!**
von Ruth Brenner
- 6 **Lern- und Entwicklungschancen für Schüler*innen in und nach der Pandemie**
Positionspapier der Landesfachgruppe Gymnasien der GEW Bayern
- 8 **Geschafft!? – Spielräume nutzen, wo es nur geht**
von Angelika Altenhan
- 9 **Offener Brief an Herrn Kultusminister Prof. Piaolo, Frau Staatssekretärin Stolz und das Bayerische Kultusministerium**
von Martina Borgendale und Florian Kohl
- 9 **Mehrbelastung bei Fachlehrkräften für Ernährung und Gestalten (EG) unzumutbar! »Handwerkliche« Bildung gibt es nicht mehr!**
von Ruth Brenner
- 10 **Berufseinstiegsbegleitung braucht endlich Kontinuität**
von Dorothea Weniger
- 12 **Die Hürde der schulaufsichtlichen Genehmigung**
von Erwin Saint Paul
- 13 **Misstände und Investitionsstau im Berufsbildungszentrum in Nürnberg**
von Dr. Doris Weber
- 15 **Ukrainische Geflüchtete in Schulen und institutioneller Rassismus**
von Dr. Doris Weber
- 16 **Bildungscamp: GEW geht mit ihren Forderungen an die Öffentlichkeit**
von Jörn Bülck und Wolfram Witte
- 18 **Zeit, dass sich was dreht!**
Die Arbeitszeit von Lehrkräften läuft aus dem Ruder – ein Faktencheck von Markus Weinberger

Was es sonst noch gibt

- 20 **Berichte**
- GEW und DGB begehen in Weiden den Antikriegstag
 - Neuer Kreisvorstand bei der GEW Weilheim-Schongau/Garmisch-Partenkirchen
 - Frauen* in Führung! »Gelassen und erfolgreich führen« Seminar für GEW-Frauen* Mit Führungserfahrung und -interesse in Beruf und Ehrenamt

Rubriken

- 21 **Veranstaltungen**
- 22 **Geburtstage und Jubiläen**
- 24 **Kontakte**

Telefonische Rechtsberatung für Mitglieder derzeit nur nach Terminvereinbarung.
Dazu bitte E-Mail senden: rechtsstelle@gew-bayern.de
Tel.: 089 544081-14
Bitte Mitgliedsnummer bereithalten!

Aktuelle Mitgliedsdaten melden

Deine Mitgliedsdaten (Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle ...) haben sich geändert? Dann kannst du diese online unter gew-bayern.de/anmeldung selbst aktualisieren. Dort findest du auch deine Beitragsbescheinigung für das Finanzamt. Du kannst deine Änderungsmitteilungen aber auch weiterhin postalisch an die Geschäftsstelle der GEW Bayern senden oder dich per E-Mail an die GEW-Mitgliederverwaltung wenden: mitgliederverwaltung@gew-bayern.de
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Der Rechtsschutz wird nur gewährt, wenn der satzungsgemäße Beitrag entrichtet wurde.



Aktuelles Schuljahr unter desolaten Bedingungen –

Für das Schuljahr 2022/2023 wünscht sich der bayerische Kultusminister Prof. Dr. Michael Piaolo (FW) auch von Lehrkräften »ein bisschen mehr Freude und Optimismus«. Wie zynisch muss man sein, als Verantwortlicher so auf die selbst verursachte, desolote Lage an den Schulen zu reagieren und Kritiker*innen im gleichen Atemzug als »Problematisierer« abzukanzeln? Diese DDS-Ausgabe fängt die Stimmung zu Beginn des aktuellen Schuljahrs ein und informiert über unsere gewerkschaftlichen Positionen.

Wir möchten den Blick aber auch schon auf die nächste DDS lenken, denn auch die bayerische Sozialministerin Ulrike Scharf (CSU) sorgte zu Beginn des Kitajahres bei den Beschäftigten für Enttäuschung und Entsetzen. Obwohl sich Bildungsministerium und Sozialministerium aus parteipolitischen Gründen nicht grün sein sollen, könnte sich anhand beider DDSen dann herausstellen, dass die Ministerien eines doch gemeinsam haben: In ihrem Wirken zeichnen sie sich in gleicher Weise durch Ignoranz und bildungspolitische Inkompetenz aus. Ein bedenkenswerter Fakt hinsichtlich der Landtagswahl 2023.

Dorothea Weniger

Liebe Kolleg*innen,

die gba-Seminare finden derzeit als Onlineseminare statt und werden nur mit wenig Vorlauf und per E-Mail an GEW-Mitglieder ausgeschrieben. Bitte achtet deshalb bei Interesse darauf, dass der Mitgliederverwaltung eure aktuelle Adresse vorliegt, und teilt diese doch im Zweifelsfall gerne nochmals mit: mitgliederverwaltung@gew-bayern.de
GEW Bayern

Bekanntmachung

Die Landesvertreter*innenversammlung (LVV) 2022 der GEW Bayern findet am 21. Oktober 2022

in Röthenbach a. d. Pegnitz (Karl-Diehl-Halle) statt.

Die diesjährige LVV befasst sich ausschließlich mit Anträgen und der weiteren politischen Arbeit der GEW Bayern. Wahlen zum Vorsitz und Landesvorstand finden erst im Jahr 2023 wieder statt.

Impressum:

DDS • Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern
Geschäftsstelle: Neumarkter Str. 22, 81673 München, ☎ 089 5440810

E-Mail: info@gew-bayern.de • gew-bayern.de • [facebook.com/GEWBayern/](https://www.facebook.com/GEWBayern/)

Redaktionsleiterin: Dorothea Weniger, Neumarkter Str. 22, 81673 München

E-Mail: dorothea.weniger@gew-bayern.de

Redaktionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Verena Escherich, Kilian Gremminger, Wolfgang Häberle, Hannes Henjes, Karin Just, Petra Nalenz, Gele Neubäcker, Magnus Treiber, Chrissi Wagner, Wolfram Witte

Gestaltung: Karin Just

Bildnachweis: (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Titel: Karin Just

Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München ☎ 089 5029994

Anzeigenannahme: nur über die Redaktionsleitung

Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München

☎ 089 5029994, E-Mail: team@druckwerk-muenchen.de

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 14 vom 1.1.2017 gültig.

Mit Namen oder Namenskennzeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden Verfasser*innen dar und bedeuten nicht ohne Weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21 EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zuzüglich Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonats.

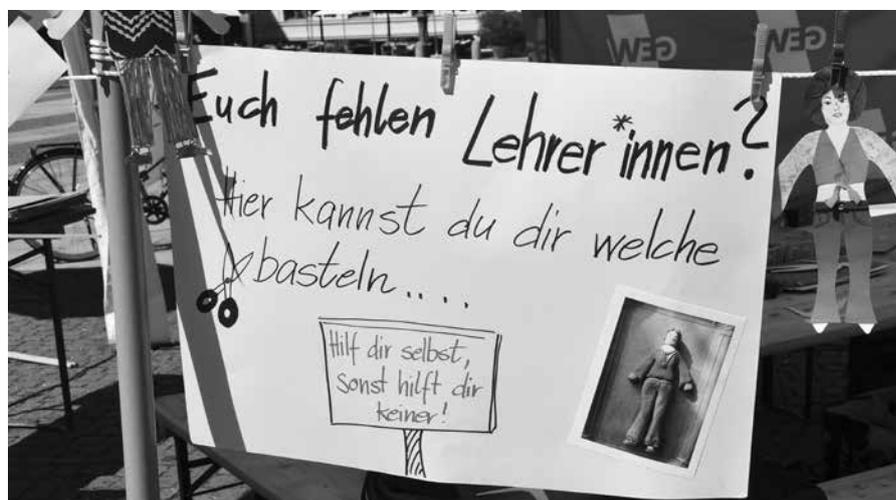
Schuljahr 2022/2023: Das Murmeltier ist geschockt

Mit dem folgenden Artikel wage ich – aus redaktionellen Gründen noch in den Sommerferien – einen Blick auf das Schuljahr 2022/2023 und die Situation an Grund-, Mittel- und Förderschulen. In diesem Jahr könnte der Titel dieses Artikels genauso lauten wie im letzten und wie im vorletzten Jahr: »Und täglich grüßt das Murmeltier«. Inhaltlich ging es auch damals um die Probleme an den Schulen. Weniger sind diese nicht geworden. Im Gegenteil. Deshalb auch die neue Überschrift.

In der letzten Woche vor den Ferien verschickte das Kultusministerium (KM) ein Schreiben über die Bezirksregierungen an die Grund- und Mittelschulen. Der Inhalt hatte es in sich. Beginnend damit, dass allein die Coronapandemie und der Zustrom der aus der Ukraine geflüchteten Schüler*innen das Schulsystem im Schuljahr 2021/2022 »personell vor große Herausforderungen« gestellt haben – das KM hatte selbstredend alles richtig gemacht –, wird auf kompakten fünf Seiten dargestellt, wie man die Unterrichtsversorgung an Grund- und Mittelschulen für das aktuelle Schuljahr gewährleisten möchte. Die dafür angedachten Maßnahmen werden so mancher Schulleitung die Haare zu Berge stehen lassen.

Bildung = »belastbare und solide Unterrichtsversorgung«

Es geht längst nicht mehr darum, Rahmenbedingungen zu gewährleisten, die gute Bildung nun mal benötigt, sondern schlicht um die Aufrechterhaltung des Betriebes, umschrieben als »belastbare und solide Unterrichtsversorgung«.



Die Fotos zeigen eine Bastelaktion auf dem Bildungscamp der GEW vom 15. bis 17. Juli in München.

Dafür braucht es natürlich Personal. Das KM bittet darum, Maßnahmen zur Personalgewinnung im Schuljahr 2022/2023 fortzusetzen: Einbindung von Kooperationspartnern, Einsatz von Studierenden und Pensionist*innen, Zeitaufstockungen, Teilabordnungen an Nachbarschulen, Umsetzung von »gemeinsam.Brücken.bauen« durch bewährte Kooperationspartner, Einsatz von Personal aus Doppelbesetzungen und damit die Auflösung von Differenzierungsstunden.

Abbau von Brücken- klassen für Geflüchtete

Als besondere Herausforderung bezeichnet das KM die Gewinnung von Personal für die Brückenklassen, die für die Beschulung geflüchteter Kinder aus der Ukraine vorgesehen sind. »Das Staatsministerium wird die Gewinnung von zusätzlichem externen Personal [...] mit einer Werbekampagne und intensiver Öffentlichkeitsarbeit begleiten«, schreibt Ministerialdirigent Gremm und weist darauf hin, dass die »Brückenklassen« lediglich eine Übergangsbeschulung seien mit dem Ziel, die Kinder und Jugendlichen möglichst bald in die Regelbeschulung zu überführen. Auf die Bildung von Brückenklassen kann indes verzichtet werden, wenn »auf Basis einer pädagogischen Einschätzung der Lehrkräfte erkennbar ist, dass einzelne

Kinder und Jugendliche aufgrund ihres Bildungsstandards und ihrer bereits vorhandenen Deutschkenntnisse dem Unterricht zeitnah mit Erfolg folgen können.« Statt ernsthafter Diagnostik reicht eine pädagogische Einschätzung? Auch eine Art, Fakten zu schaffen und Verantwortung nach unten abzuschieben.

»Regionalspezifische Maßnahmen«

Das KM ist sich bewusst, dass es regionale Unterschiede bei den Anforderungen hinsichtlich coronabedingter Personalengpässe als auch dem fluchtbedingten Zuwachs an Schüler*innen gibt. Dennoch ist man überzeugt da-



von, dass es bei »konsequenter Fokussierung auf die Kernaufgaben der Schule – den Unterricht – weiterhin grundsätzlich möglich sein wird, eine belastbare und solide Unterrichtsversorgung zu gewährleisten«. Weiterhin sei es vertretbar, angesichts der Gesamtsituation und der Solidarität mit den aus der Ukraine geflohenen Familien übergangsweise »geringfügig größere Klassen in Kauf zu nehmen«. Für die »regionalspezifische Ausbalancierung von angespannten Personallagen« zählt das KM folgende Maßnahmen auf: Unterstützungssysteme (Kooperation Kindergarten/Schule, externe Evaluation, Schulentwicklungsmoderator*innen) mit weniger Personalkapazitäten versehen bzw. ganz aussetzen, den Demografiezuschlag¹ nicht voll ausschöpfen, Maßnahmen der individuellen Förderung in Randbereichen umplanen, Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen von DeutschPLUS nicht im vollen Umfang einrichten, maßvolle Anpassung des Grundbudgets an Grund- und Mittelschulen (gestraffte Klassenbildung, Verzicht auf Arbeitsgemeinschaften, jahrgangskombinierte Klassen, regelmäßiger früherer Unterrichtschluss in begrenztem Umfang).

Bildungspolitischer Offenbarungseid mit Folgen

Damit ist klar: Es fehlt an allen Ecken und Enden und das sich selbst als Bildungsland bezeichnende Bayern findet keine Lösungen für das selbstverschuldete Problem des Lehrkräftemangels. Vielmehr verschleiert der Minister die eigene Fehlplanung, anstatt transparent die Fakten zu benennen. Die Verantwortung wird dabei konsequent auf die Bezirksregierungen und Schulen verschoben. Man darf dieses Schreiben an die Regierungen durchaus als Armutzeugnis und bildungspolitischen Offenbarungseid bezeichnen. Zwei Wochen vor Schulbeginn antwortete ein Pressesprecher des KM auf eine Anfrage des Bayerischen Rundfunks (BR), dass »belastbare Angaben, wie sich die Unterrichtsversorgung zu Schuljahresbeginn darstellen wird«, noch nicht möglich seien. Immer wie-

Bayerisches Wunder

oder:

Wie das KM die Unterrichtsversorgung sichern will



Ein Plakat der GEW Bayern aus dem Jahr 2009.

Es ist eines von vielen, mit denen wir in den letzten 20 Jahren gegen den Lehrkräftemangel protestierten.

der schiebt man die Ukraine und Corona vor, um den eklatanten Personalmangel zu erklären, dabei ist dieser vollkommen unabhängig von den Krisen vorhanden und das Ergebnis der jahrelangen personellen Fehlplanung aufgrund des bildungspolitischen Sparkurses. Es wurde schlicht vereitelt, in vermeintlich »fetten Jahren« auch außerhalb des Einstellungskorridors Personal langfristig zu binden und den sogenannten Schweinezyklus zu durchbrechen.

Die Folgen der vorgeschlagenen Maßnahmen sind schon eingetreten: Wie der BR berichtet, wird im Landkreis Deggendorf der Unterricht bereits gekürzt, werden Sport- und Förderstunden gestrichen. Studierende ohne Abschluss werden an Grundschulen für eigenverantwortlichen Unterricht eingesetzt und wie an der Universität Eichstätt in 1-Tages-Crashkursen »fit« fürs Klassenzimmer gemacht. Vorbei die Zeiten, in denen zwei Staatsexamen inklusive zweijährigem Vorbereitungsdienst Voraussetzung für den Schuldienst waren. Es ist davon auszugehen, dass die »Vorschläge« aus dem KM wegen des Personalmangels bayernweit genutzt werden müssen. Das bedeutet für die schulische Realität größere Klassen, ein vermehrter

Einsatz von Quereinsteiger*innen ohne entsprechende Qualifikation, Streichung von alledem, was Schulleben ausmacht und vor allem weniger Kapazitäten für all die Kinder und Jugendlichen, die aufgrund persönlicher Lebensverhältnisse auf mehr individuelle Unterstützung angewiesen sind. Die Bildungsschere wird zwangsläufig weiter aufgehen, die Unterstützungsmaßnahmen, die in vielen Fällen auf Eigenverantwortung basieren, werden diejenigen nicht erreichen, die sie benötigen. Die Belastungen der Lehrkräfte vor Ort werden demnach noch steigen und es droht ein Teufelskreis aus Überlastung und Krankheit.

Optimismus ist wichtig – aber woher nehmen?

Bislang liegen keine offiziellen Zahlen zur Unterrichtsversorgung vor. Auch in der Pressekonferenz am 8. September erfuhr man von Kultusminister Piazzolo

nichts Neues, außer dass die Personalsituation solide und belastbar sei und es nach dem letzten Schuljahr erneut so viele Lehrkräfte wie nie zuvor gibt. Wer konkrete Zahlen erwartet hatte, wurde enttäuscht. Die Themen Inklusion, Bildungsgerechtigkeit, Digitalisierung, Schul- und Systementwicklung, Arbeits- und Gesundheitsschutz, die dringlich sind, werden angesichts der ernüchternden Tatsachen immer mehr in den Hintergrund gedrängt. Den Grund-, Mittel- und Förderschulen steht erneut ein schwieriges und hartes Schuljahr bevor. Es gilt, den Druck auf das Kultusministerium weiter zu erhöhen, die politische Schönfärberei zu entlarven und vor allem im Zuge der Landtagswahlen klar herauszuarbeiten, dass CSU und Freie Wähler der Aufgabe, das Menschenrecht auf Bildung für alle einzulösen, nicht gewachsen sind.

von Florian Kohl

stellvertretender Landesvorsitzender der GEW Bayern



¹ Unter »Demografiezuschlag« versteht man Ausgleichsmaßnahmen für kleine Grundschulen im ländlichen Raum mit geringer Schüler*innenzahl in Form von zusätzlichen Lehrer*innenstunden, um diese zu erhalten.

»Gerade in diesen schwierigen Zeiten würde ich dazu raten, ein bisschen mehr Freude und Optimismus zu empfinden«

Kultusminister Piazzolo, zitiert nach SZ v. 9.9.2022

Sehr geehrter Herr Staatsminister Prof. Dr. Piazzolo – es ist Zeit, Danke zu sagen!

Danke für alles, was Sie in den letzten Jahren für die Schülerinnen und Schüler sowie für die Kolleginnen und Kollegen an den Grund- und Mittelschulen getan haben.

Wir sind beeindruckt, wie Sie und Ihr Ministerium immer wieder eine »regionalspezifische Ausbalancierung von angespannten Personallagen« (was für eine grandiose Formulierung – Grimmepreisverdächtig) hinbekommen und dass Sie wie immer eine »belastbare und solide Unterrichtsversorgung« auch für das kommende Schuljahr gewährleisten können.

Wir sagen Danke, dass wir endlich wieder in größeren Klassen unterrichten dürfen. Gerne erinnern wir uns an die Erzählungen unserer Großeltern, die zusammen mit 40 Mitschüler*innen unterrichtet wurden. Nun sind wir auf dem Weg, dass unsere Schüler*innen und wir Lehrkräfte das auch bald genießen können. Das bringt doch Spaß in die Bude!

Danke, dass wir uns endlich auf die Kernaufgabe der Schule – den Unterricht – fokussieren dürfen. Das haben wir ja bisher nie gemacht! Diese »vielen« Arbeitsgemeinschaften, Schullandheimaufenthalte usw., bei denen die Schüler*innen und wir Lehrkräfte sogar manchmal noch Spaß hatten, sind doch wirklich überflüssig.

Danke, dass wir unsere Schüler*innen in Zukunft nur noch mit den Kernfächern traktieren dürfen. Musik, Kunst, Sport, Werken und Gestalten streichen wir erstmal aus dem Stundenplan – irgendwo muss ja gespart werden. Außerdem werden Kreativität und Bewegung sowieso überwertet.

Danke auch dafür, dass wir uns endlich nicht mehr um Differenzierungen kümmern müssen. Immer diese Abspra-

chen! Und die vielen Schüler*innen, die die Differenzierung bräuchten, müssen halt mal Verzicht üben – das ist ja sowieso das Gebot der Stunde.

Danke, dass die in den vergangenen Jahren sehr großzügig (?) mit Personal ausgestatteten Unterstützungssysteme vorübergehend ganz ausgesetzt oder minimiert werden können. Endlich ist mit dieser Vergeudung von Stunden für Fördermaßnahmen in Mathematik, Deutsch und Deutsch als Zweitsprache Schluss. Und die Schüler*innen, die dabei auf der Strecke bleiben? Als Kanonenfutter für zukünftige Kriege wird man sie schon einsetzen können.

Danke für die vielen Professionen, die wir nun an den Schulen beschäftigen dürfen: Schulassistenten, Teamlehrkräfte, Drittkräfte, Sprachlernkräfte, Brückenbauer*innen usw. Ein genialer Schachzug von Ihnen in Sachen Sparmaßnahmen: Der Staat zahlt für viele dieser »Quereinsteiger*innen« keinen Cent für die Ausbildung. Das müssen diese dann aber auch büßen, denn da sie keine Ausbildung haben, bekommen sie auch nur einen Hungerlohn. Dafür gibt es die kollegiale Unterstützung durch die ausgebildeten Lehrkräfte kostenlos dazu. Allein dafür müssten Sie am Weltspartag das goldene Sparschweinchen bekommen.

Die »Beratung digitale Bildung« kann natürlich ausgesetzt werden – **danke** dafür. Wer braucht denn auch diese Stunden, wo Bayern doch beim Bildungsmonitor 2022 gerade im Bereich Digitalisierung den zweiten Platz im Vergleich mit den anderen Bundesländern belegt hat. Man fragt sich zwar, wie das sein kann.

Wahrscheinlich scheiterten viele bayerische Schulen mangels WLAN an der Datenübertragung und nur die digital Erfolgreichen wurden gewertet.

Fast hätte ich's vergessen: **Vielen Dank** auch, dass die Grund- und Mittelschullehrkräfte weiterhin A 12 bekommen. Das ist gut so, denn gerade in diesen schweren Zeiten brauchen wir jeden Euro für die Aufrüstung und da sind wir dankbar, dass auch wir dazu unseren Beitrag leisten können.

Danke, danke, danke!!!

Bitte richten Sie viele Grüße und einen herzlichen Dank auch unserer Staatssekretärin Frau Anna Stolz aus – auch ihr sind wir sehr dankbar.

Und last but not least auch einen großen Dank an unseren Ministerpräsidenten Markus Söder, der Sie und Ihr Team immer so frei und selbstbestimmt walten und schalten lässt, in der Hoffnung, dass nichts von diesem Desaster auf ihn als letztlich Verantwortlichen und seine Partei zurückfällt.

Mit freundlichen Grüßen
Ruth Brenner

Vorsitzende der GEW-Landesfachgruppe Grund- und Mittelschulen

»Dem Kultusminister ist es stets gelungen, die wahren Gegebenheiten an Schulen zu beschönigen!«

Feedback eines*r Kolleg*in im Rahmen unserer GEW-Aktion zur Feedbackkultur, s. offener Brief, S. 9 in dieser DDS

Lern- und Entwicklungschancen für Schüler*innen in und nach der Pandemie

Positionspapier der Landesfachgruppe Gymnasien der GEW Bayern



Foto: IMAGO / Imagebroker

Seit über zwei Jahren befinden sich die Schüler*innen aller Schularten in einer sehr schwierigen Situation. In den Jahren 2020 und 2021 hat Unterricht wegen Lockdowns und Quarantänemaßnahmen in großen Teilen als Distanzunterricht, nur unter großen Einschränkungen oder gar nicht stattgefunden. Außerunterrichtliche Veranstaltungen und Unternehmungen sind fast vollständig abgesagt worden. Auch im Jahr 2022 gibt es weiterhin erhebliche Einschränkungen.

Durch teure Programme wie »gemeinsam.Brücken.bauen« können möglicherweise manche Defizite ausgeglichen werden, aber tatsächlich dürfen Gesundheit, psychosoziale Situation, Wohlbefinden und Lernen nicht getrennt voneinander betrachtet werden. Reine Nachhilfeprogramme zur Bekämpfung von Lernrückständen versprechen keine nachhaltige Wirkung, weil sie der psychosozialen Situation von Schüler*innen in der Pandemie sowie den beschränkten zeitlichen und räumlichen Ressourcen zu wenig Rech-

nung tragen.

Die Folgen der Pandemie bei den Lernenden sind laut Forschungslage¹ kurzfristig nicht leicht zu beheben, sondern manifestieren sich durchaus mittel- wie langfristig. Die Studien zeigen auch das Ausmaß der psychischen Belastung der Lernenden durch die Pandemie und entsprechende Maßnahmen zu deren Bekämpfung. Insbesondere Kinder und Jugendliche aus sozioökonomisch benachteiligten Familien hatten und haben unter dem Ausfall und der Beeinträchtigung des Präsenzunterrichts zu leiden. Fast alle Studien haben eine Verschlechterung der psychischen Gesundheit und des Wohlbefindens von Kindern und Jugendlichen durch die Schulschließungen dokumentiert. Die gesteigerte Belastung hat sich vor allem in depressiven Symptomen und Ängsten manifestiert. Daraus ergibt sich die Dringlichkeit, sich um die psychische Gesundheit und das Wohlbefinden der Schüler*innen zu kümmern und die besondere Situation auch im schulischen Kontext anzuerkennen.

Die Landesfachgruppe Gymnasien der GEW Bayern fordert deshalb das

Kultusministerium auf, dieser besonderen Situation für Lernende und Lehrende in den Schulen gerecht zu werden und umgehend folgende Maßnahmen direkt umzusetzen oder einzuleiten:

A) Maßnahmen auf Klassenebene – Mehr Zeit für Gemeinschaft – Zeit fürs »Lernen lernen«

Die Schüler*innen brauchen Zeit und Raum für ihre emotionale Entwicklung, das Lernen von Sozialverhalten und die Gemeinschaftsbildung. Die Erfahrungen der Jugendlichen in der Pandemie sollen wertschätzend aufgegriffen werden. Dazu bedarf es gruppenbezogener Angebote durch Schulsozialpädagog*innen und Klassenleitungen. Ebenso wird Zeit fürs »Lernen lernen« und das Schließen von Lücken im Grundwissen benötigt. Die bisher vorgenommenen Streichungen und Schwerpunktsetzungen in den Lehrplänen entlasten die Lehrpläne nur um Inhalte, die auch vor der Pandemie nicht immer erfüllt werden konnten. Hier sollte mehr Freiraum für die Auswahl von Themen und Inhalten seitens der Lehrkräfte ermöglicht werden,

welcher in pädagogischer Verantwortung auch gezielter nach der jeweiligen Lernsituationen der Klassen und Kurse genutzt werden kann.

Deswegen brauchen die Schulen:

1. Eine Reduktion von Leistungserhebungen
2. Eine Flexibilisierung von Prüfungsformen, z. B. Leistungserhebungen in Form von Projektarbeiten
3. Eine umfassende Anpassung der Lehrpläne mit mehr Freiräumen
4. Verankerung einer Klassenleitungsstunde im Stundenplan

B) Maßnahmen auf individueller Ebene – Persönliche Beratung und Unterstützung

Die Förderung der psychischen, physischen und sozialen Stabilität muss Priorität haben. Diese stellt die Grundlage für erfolgreiches Lernen und eine gesunde Entwicklung der Persönlichkeit dar.

Deswegen brauchen die Schulen:

1. Angebote zur Gesundheitsvorsorge und -förderung für Schülerinnen und Schüler
2. Eine Intensivierung der Schullaufbahnberatung
3. Einen Ausbau der Angebote der individuellen Beratung durch Psycholog*innen und Sozialarbeiter*innen

C) Maßnahmen in der Oberstufe – Beratung und Flexibilisierung

Die Oberstufe und das Abitur müssen endlich flexibler gestaltet werden. Dies betrifft sowohl den Unterricht

wie auch Leistungsbewertungen in der Qualifikationsphase und die Abiturprüfung. Die deutschlandweiten Bestrebungen für ein zentrales Abitur zur besseren Vergleichbarkeit der Abschlüsse sind eine Täuschung, solange die Lehrpläne und Stundentafeln in den Bundesländern nicht vergleichbar sind.

Vielmehr brauchen die Schulen:

1. Ein Mentoring- oder Tutor*innen-system für die Oberstufe
2. Den Ausstieg aus den zentralen Abiturprüfungsterminen
3. Eine Überarbeitung der Prüfungsordnung zur Flexibilisierung der Abiturprüfung
4. Eine tiefgreifende Oberstufenreform, wie die Landesfachgruppe sie bereits gefordert hat

D) Strukturelle Maßnahmen

Die oben angeführten Maßnahmen können nicht ohne eine Änderung von Rahmenbedingungen umgesetzt werden.

Vielmehr brauchen die Schulen:

1. Den Aufbau von multiprofessionellen Teams an allen Schulen
2. Mehr Anrechnungsstunden für Schulpsycholog*innen und Beratungslehrer*innen
3. Mindestens ein*e Schulsozialpädagog*in an jedem Gymnasium
4. Mindestens eine Anrechnungsstunde für Klassenleitungen
5. Kleinere Klassen
6. Gesundheitsvorsorge und -förderung für Lehrer*innen
7. Ausbau der Lehrer*innenreserve

Bisher sind Lehr*innen außerhalb des Unterrichts zu häufig mit der Erstellung und Korrektur von Prüfungen beschäftigt, statt ihren Unterricht so vorbereiten zu können, dass er den individuellen Bedürfnissen der Schüler*innen gerecht wird. Für Einzelberatungen bleibt kaum Zeit und die Beratungslehrkräfte und Schulpsycholog*innen hatten schon vor der Pandemie mehr Anfragen als freie Termine.

Der Krankenstand unter Lehrkräften ist durch Coronainfektionen stark erhöht, schwangere Lehrkräfte unterliegen einem sofortigen Beschäftigungsverbot in der Schule und es droht auch der langfristige Ausfall einzelner Lehrkräfte durch Burn-out. Vielerorts muss Unterricht entfallen, obwohl die vorhandenen Lehrkräfte bereits massiv Mehrarbeit leisten. Dies alles geht zu Lasten der Schüler*innen, die aufgrund der Pandemie im Gegenteil einen verbesserten Betreuungsschlüssel benötigen.

Die Landesfachgruppe Gymnasien der GEW Bayern schlägt das oben beschriebene Maßnahmenpaket vor, um der schwierigen gesamtpädagogischen Situation insbesondere an den Gymnasien in und nach der Pandemie gerecht zu werden und die Bildungs- und Erziehungsziele zugunsten der Schüler*innen zu erreichen.

2.7.2022

Landesfachgruppe Gymnasien
der GEW Bayern



Foto: shutterstock / GEW

1 Aufschluss geben beispielsweise folgende Quellen:

■ Silke Anger, Sarah Bernhard, Hans Dietrich u. a.: Der Abiturjahrgang 2021 in Zeiten von Corona: Zukunftssorgen und psychische Belastungen nehmen zu. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; vgl. iab-forum.de sowie Studie »Berufliche Orientierung: Berufswahl und Studienwahl (BerO)«; vgl. iab.de

■ Institut für Demoskopie Allensbach: Lernen in Zeiten von Corona. Ergebnisse einer Befragung von Schülern und Eltern von Kindern der Klassenstufen 5 bis 10 im Frühjahr 2021. Download: telekom-stiftung.de

■ ifo Bildungsbarometer 2021: Was denken die Deutschen zur Corona-Bildungspolitik und gesellschaftlichen Kompetenzen. Vgl. ifo.de

■ ifo Institut: Coronakrise halbierte bei Kindern die Zeit für die Schule. Vgl. ifo.de

■ Corona-Krise: Glaubst Du, dass Ihr durch die coronabedingten Schulschließungen mit dem Lernstoff im Rückstand seid? (Umfrage unter Schülern). Vgl. statista.com

■ BR24-Redaktion: Bildungsforscher: Erhebliche Lesedefizite bei Grundschulern. Vgl. br.de v. 13.12.2021

■ BR24-Redaktion: Corona-Pandemie: Deutlich mehr Jugendliche depressiv. Vgl. br.de v. 28.7.2021

Geschafft!? – Spielräume nutzen, wo es nur geht



Foto: shutterstock / GEW

Blicke ich auf das letzte Schuljahr zurück, so sehe ich Lehrerinnen und Lehrer, die sich erschöpft von Schulwoche zu Schulwoche kämpften. Andere blieben krank zu Hause und arbeiteten trotzdem weiter. Entweder nutzten sie digitale Wege, um Kontakt zu halten, oder sie planten Unterricht für die Zeit nach ihrer Genesung. Und schließlich gab es jene, die den Dienst gänzlich quittierten. Das Ziel »Schuljahresende« mag geschafft worden sein, geschafft waren wir mehr oder weniger aber auch physisch und psychisch. Und zwar unabhängig davon, an welcher Schulart wir arbeiteten.

Klar ist auch, dass es im Schuljahr 2022/23 nicht besser wird. Die immense Zunahme der Anzahl von Schüler*innen, die Coronalage, die Energiekrise und der bundesweite Lehrer*innenmangel sprechen eine deutliche Sprache und es ist müßig abzuwägen, welche Schule mehr schultern muss. Eine spürbare Verbesserung »von oben« wird auf die Schnelle nicht kommen. Insofern ist es vielleicht hilfreich, sich zu überlegen, wo sich unmittelbare Entlastungsmöglichkeiten auf tun können.

Optionale Handlungsfelder

Schulartwechsel

Von den Gymnasien wechseln manche Lehrkräfte in eine andere Schulart. Hier ist die Zweitqualifizierung für die Grund- bzw. Mittelschule mit der Option der Rückkehr oder auch der Wechsel zur FOSBOS zu nennen. Überlegungen, die zu derartig einschneidenden Schritten führten, waren z. B. der mögliche Ein-

satz in Wohnortnähe, das Unterrichten in bestimmten Jahrgangsstufen oder auch eine Minimierung des Korrekturumfangs.

Schulaufgaben

Die krankheitsbedingten Ausfälle ließen im letzten Schuljahr den Stresspegel wegen der Schulaufgabentermine stark steigen. Von der Möglichkeit, die vorgeschriebene Anzahl der großen Leistungsnachweise im Ausnahmefall auch einmal zu unterschreiten, wurde wenig Gebrauch gemacht. Dies hätte aber Lehrer*innen wie auch solche Schüler*innen entlastet, die einer Nachholschulsaufgabe nach der anderen hinterhergesprintet sind. Dabei stellt sich die Frage, wie viele Nachholtermine abermals aus Krankheitsgründen geplazt sind. Eine Bündelung fehlender Leistungsnachweise schafft Freiräume, ebenso wie die Zusammenarbeit mit Kolleg*innen – sei es beim Erstellen von Arbeiten oder bei der Aufsicht. Und schließlich sei im Hinblick auf das zeitaufwendige Erstellen von Schulaufgaben darauf hingewiesen, dass diese von Ausnahmen abgesehen keine 60 oder 45 Minuten dauern müssen.

Fortbildung

Das Angebot an Fortbildungsveranstaltungen verschiebt sich immer mehr hin zu Onlinekursen, die zusehends mehr außerhalb der regulären Unterrichtszeit angeboten werden. Viele Lehrer*innen verlängern so »freiwillig« ihre tägliche Arbeitszeit über den Unterricht hinaus, obgleich ihre Kräfte das nicht mehr hergeben. Sehr häufig geschieht dies inzwischen aus der Sorge und dem Druck heraus, nicht selbst eine

Vertretungssituation heraufbeschwören zu wollen, die das Kollegium zusätzlich belastet. Man sollte sich im Vorfeld also genau überlegen, welche Fortbildung man zu welchem Zeitpunkt und in welchem Umfang macht.

Menschenrecht auf Bildung

Unabhängig davon, wo man ansetzt, eine Tatsache muss sich jede*r vor Augen halten. Der Teufelskreis ist strukturell bedingt und basiert auf gravierenden Versäumnissen in der Bildungspolitik. Der Glaube, das Problem individuell schultern zu können, mag erstmal scheinbar aus dem Dilemma heraus helfen. Auf Dauer gesehen wird das jedoch weder für den*die Einzelne*n noch für die Schulgemeinschaft insgesamt ohne negative Folgen bleiben. Was steht auf dem Spiel? Es ist die Gesundheit der einzelnen Lehrkraft und die der Berufsgruppe schlechthin. Ist die Belastungsgrenze erreicht oder überschritten, verpflichtet (!) uns das Dienstrecht, zum Mittel der Gefährdungsanzeige zu greifen. Die Sorge um die massive Gesundheitsgefährdung reicht weit über das Individuum hinaus. Denn auf dem Spiel steht die gemeinschaftliche Aufgabe, unseren Schüler*innen eine gute Bildung zu vermitteln. Wenn dies wegen Überlastung gefährdet ist, dann ist auch das Menschenrecht auf Bildung in Gefahr.



von Angelika Altenthan

Mitglied im Hauptpersonalrat
für Gymnasien

Offener Brief an Herrn Kultusminister Prof. Piazzolo, Frau Staatssekretärin Stolz und das Bayerische Kultusministerium: Wir fördern die Feedbackkultur

Sehr geehrter Herr Prof. Piazzolo, sehr geehrte Frau Stolz, sehr geehrte Mitarbeitende im Bayerischen Kultusministerium,

wir sind wie das Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung der Meinung, dass Feedback zu einer demokratischen Schulkultur gehört. In der Realität läuft Feedbackkultur aber weitgehend von »oben nach unten« – das wollen wir gerne helfen zu verbessern. Wir haben deshalb Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit gegeben, Ihnen und dem Ministerium an einer digitalen Pinnwand anonym ein Feedback zu Ihrer Arbeit zu geben. Dabei sind über 350 lesenswerte Statements, konstruktive Rückmeldungen, aber auch viele Sorgen und Forderungen zusammengekommen, die wir Ihnen hiermit zukommen lassen.

Die Aussagen geben nicht immer unsere eigenen Ansichten wieder und, dass mächtig »Druck im Kessel« ist, wissen Sie selbst. Was wir Ihnen aber mit auf den Weg geben wollen: Die von Ihnen gerne als Schulfamilie bezeichneten Kolleginnen und Kollegen, die in den unterschiedlichen Bereichen unseres Bildungssystems arbeiten und mit ihrem Engagement dafür sorgen, dass der Bildungsbetrieb trotz massiver personeller Lücken aufrechterhalten wird, benötigen unbedingt bessere Arbeitsbedingungen, angefangen mit der längst überfälligen gerechten Bezahlung und Eingangsbesoldung nach A 13/E 13 für alle Lehrkräfte. Zusätzliche Entlastungsmöglichkeiten sind dringend geboten, da zu befürchten ist, dass aufgrund des Personalmangels der reguläre Umfang der Aufgaben nicht mehr bewerkstelligt werden kann und eine dauerhafte Überlastung zu zusätzlichen Personalausfällen führen wird, die das Problem weiter verschärfen werden.

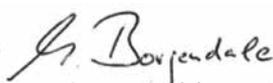
Leidtragende sind in allererster Linie die Kinder und Jugendlichen, die auf uns alle angewiesen sind.

Zusätzliches Personal ist wichtig, eine schnelle Qualifizierung notwendig. Gerade in den Bereichen Verwaltung und IT können durch Einstellungen Schulleitungen und Lehrkräfte so unterstützt werden, dass eine Schwerpunktsetzung hin zur pädagogischen Arbeit erleichtert wird. Es ist offensichtlich, dass der Bereich der Schul- und Systementwicklung wichtiger ist denn je, aber kaum Kapazitäten vorhanden sind, um hier konstruktiv zu arbeiten.

Wir wünschen uns, dass Sie die Rückmeldungen lesen, zur Kenntnis nehmen und die Vorschläge in Ihrer weiteren Arbeit berücksichtigen.

Unterstützen Sie Ihre Schulgemeinschaft, die das mehr als dringend benötigt!

Mit kollegialen Grüßen



Martina Borgendale, Vorsitzende



Florian Kohl, Stv. Vorsitzender

Mehrbelastung bei Fachlehrkräften für Ernährung und Gestalten (EG) unzumutbar! »Handwerkliche« Bildung gibt es nicht mehr!

Landauf, landab beklagt das Handwerk einen eklatanten Fachkräftemangel – und was passiert dazu in den Schulen? Auch bei den Fachlehrkräften EG herrscht schon lange ein großer Mangel, was zur Folge hat, dass sich die Arbeitsbedingungen stetig verschlechterten.

Aktuell gibt es vielerorts für den Fachunterricht keine Teilungen mehr. Das heißt, dass im Bereich Werken und Gestalten die Kolleg*innen ganze Klassen unterrichten müssen. Man braucht keine besondere Fachkenntnis, um sich vorstellen zu können, dass z. B. »Weben lernen« mit 24 unterschiedlich begabten Schüler*innen, die teilweise nur wenig Deutsch verstehen und sprechen, ein sinnloses Unterfangen ist. Trotzdem sollen die Kolleg*innen dieses Lernziel und viele andere umsetzen und – ganz wichtig! – eine Bewertung dazu abgeben. Für alle Beteiligten, ob Schüler*innen oder

Fachlehrkräfte, ist dies ein unhaltbarer Zustand. Den Schüler*innen wird »handwerkliche« Bildung vorenthalten und die Fachlehrer*innen werden maßlos überlastet.

Mit dem Schuljahr 2022/23 verschärft sich die Lage jetzt noch dadurch, dass es auch in diesem Bereich die Möglichkeit der Stundenkürzungen gibt. D. h. der Fachunterricht Werken und Gestalten in der Grundschule und in den 5./6. Klassen kann von 2 Stunden pro Woche auf 1 Stunde gekürzt werden.

Was bedeutet das für die Fachlehrer*innen EG? Eine Fachlehrkraft EG arbeitet Vollzeit 29 Stunden und wäre damit mit jeweils 1 Stunde in vier 1., und 2., und je 2 Stunden in zwei 3. und 4. Klassen eingesetzt – das wären 16 Stunden und ca. 283 Schüler*innen. Mit jeweils 1 Stunde ist sie in zwei 5. Klassen mit zusammen 45 Schüler*in-

nen und in zwei 6. Klassen mit 44 Schüler*innen. Zwei 9. Klassen (Gruppe) mit je 12 Schüler*innen unterrichtet sie jeweils 4 Stunden. Da die Kollegin bereits 59 Jahre alt ist, hat sie 1 Stunde Altersermäßigung.

Insgesamt »unterrichtet« die Kollegin Woche für Woche 400 Schüler*innen. Sie hat durch die Einstündigkeit in jeder Klasse wesentlich mehr Vorbereitung. Sie muss 400 Zeugnisbemerkungen schreiben ...

Was für ein Irrsinn!

Vor 25 Jahren hat die Kollegin in Vollzeit pro Woche ca. 180 Schüler*innen unterrichtet, da die Klassen für den Fachunterricht (Werken, Kochen ...) geteilt wurden und der Unterricht zwei- bzw. mehrstündig war.

von Ruth Brenner

Mitglied im Hauptpersonalrat Gruppe der Lehrer*innen an Grund- und Mittelschulen

Berufseinstiegsbegleitung braucht endlich Kontinuität

»Benachteiligte Schüler*innen hatten es im bayerischen mehrgliedrigen Schulsystem schon immer schwer«, so lautet der erste Satz eines DDS-Artikels vom Juni letzten Jahres. Schon damals ging es um die Berufseinstiegsbegleitung (BerEb), die an bayerischen Mittel- und Förderschulen ein wichtiger Bestandteil der Berufsvorbereitung ist und vom Kultusministerium eingestampft werden sollte, dann aber aufgrund großer Proteste doch weitergeführt wurde. Im Frühjahr 2022 wiederholte sich nun dieses unwürdige Schauspiel. Dabei wäre bei dem Programm eine Kontinuität überaus wichtig.

Dass Ausbildungsstellen unbesetzt bleiben, ist keine Neuigkeit. Dass die Differenz zwischen angebotenen und besetzten Ausbildungsstellen immer gravierender wird, belegt nicht nur der gerade erschienene Ausbildungsreport 2022 der DGB-Jugend: »So ist die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze, die unbesetzt geblieben sind, zwischen 2020 und 2021 deutlich um 5,4 Prozent gestiegen. Insgesamt blieben 63.176 Stellen unbesetzt, das entspricht einem Anteil von 12,2 Prozent. Im Jahr 2009 lag dieser Anteil noch bei 3,3 Prozent.«¹ Gleichzeitig beklagt die stellvertretende DGB-Bundesvorsitzende Elke Hannack: »Über 220.000 Jugendliche stecken jedes Jahr in den sogenannten Übergangsmaßnahmen zwischen Schule und Ausbildung fest. Dazu kommen über 2,3 Millionen junge Menschen im Alter zwischen 20 und 34 Jahren, die keinen Berufsabschluss haben. Diesen Menschen droht ein Leben in prekärer Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Armut.«²

Benachteiligte Jugendliche brauchen Förderung

Nun könnte man meinen, Aufgabe einer Landesregierung sei es auch, gerade



benachteiligte Kinder und Jugendliche zu fördern, damit ihnen der Übergang von der Schule in den Beruf gelingt und sie ein Leben in Arbeit und ohne Armut führen können. Bei einem Staatshaushalt von rund 71 Milliarden Euro sollte dies auch kein Problem sein.³

Die bayerische Regierung scheint da aber anderer Meinung zu sein. Wie vor dem Schuljahr 2021/2022 stoppte sie auch vor Beginn des aktuellen Schuljahres das BerEb-Programm und provozierte damit zum wiederholten Male massive Proteste. Die lapidare Begründung der Regierung für das vorübergehende Aus: Für den Freistaat allein sei das Programm zu teuer, nachdem die EU-Förderung, die 50 Prozent der Kosten deckte, ausgelaufen war.

Berufseinstiegsbegleitung erleichtert Berufseinstieg

Berufseinstiegsbegleiter*innen begleiteteten bisher Kinder und Jugendliche, die eine besondere Förderung benötigten, ab Beginn des Vorabgangsschuljahres, also ab September. Die Förderung endete bisher in der Regel zum Ende des ersten Halbjahrs der Berufsausbildung, bei Bedarf konnte sie auch auf maximal 48 Monate verlängert werden. Da die

Förderung teilnehmer*innenbezogen erfolgt, spricht man hier bezüglich der Förderungsdauer auch von einer Kohorte.

Im Rahmen der BerEb stärken sozialpädagogische Fachkräfte Schülerinnen und Schüler und motivieren sie, einen guten Schulabschluss zu schaffen. Gleichzeitig helfen sie ihnen bei der Stellensuche, aber auch beim Einstieg in die Ausbildung. Berufsbegleiter*innen sind pädagogische Fachkräfte, die bei externen Trägern arbeiten, die wiederum mit den Schulen kooperieren. Der Bayerische Rundfunk berichtete im März 2022: »Rund 3.500 förderungsbedürftige Jugendliche in Bayern wurden jedes Jahr durch das Programm begleitet.«⁴

Beschämendes Verhalten des Kultusministers

Die Kosten für BerEb wurden im Schuljahr 2021/2022 – wie oben erwähnt – zur Hälfte vom europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert. Allein das Kürzel ESF lässt darauf schließen, dass es sich um eine begrenzte Förderung handelt. Eine Überraschung ist das Auslaufen einer ESF-Förderung also nicht. Verantwortung übernehmen bedeutet in solchen Fällen, dass der*die für das Programm Verantwortliche, hier also

der bayerische Kultusminister Piazolo, das Ende der Förderung immer im Blick haben und sich rechtzeitig um weitere Geldgeber kümmern muss, wenn er schon meint, der Freistaat könne die benötigte Summe von rund 2,2 Millionen Euro jährlich nicht selbst aufbringen.⁵ Was allerdings auch eine erstaunliche These ist, denn das Geld ist ja da, wie man einige Wochen später erfahren konnte, als der bayerische Finanzminister Albert Füracker im Mai 2022 in Nürnberg verkündete, die Steuereinnahmen könnten im Freistaat mit rund 1,9 Milliarden Euro höher ausfallen, als noch im Haushalt 2022 angedacht.

Aber auch unabhängig davon wäre eine Verstetigung des Programms eigentlich ganz einfach: Bildungsminister Piazolo müsste die Aufwendungen für BerEb nur in den Haushalt einstellen. Würde dieser dann beschlossen, wäre das Programm verstetigt und erlebte endlich die Kontinuität, die es braucht und verdient, denn es ist konkurrenzlos und gut. Bisher fehlte allerdings der Wille dazu.

Sei's drum, der bayerische Bildungsminister setzte sich beim Haushaltsentwurf und während der Debatte darüber erst gar nicht für die Weiterführung von BerEb ein. Vielmehr ließ er das Projekt,

das ihm kein Herzensanliegen zu sein scheint, einfach sterben. Erst nach massiven Protesten aus der Opposition, den Verbänden, den Gewerkschaften, den Trägern und vonseiten der Eltern lenkte er dann doch noch ein und suchte nach neuen Geldquellen. Fündig wurde er bei der Arbeitsagentur für Arbeit. Ralf Holtzwardt, Geschäftsführer der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit, erklärte sich Mitte April dazu bereit, 50 Prozent der Kosten zu übernehmen.

Doch BerEb fehlt es nach wie vor an Kontinuität. So ist das Programm laut Pressemitteilung (PM) aus dem Kultusministerium derzeit lediglich »für eine weitere Kohorte« gesichert.⁶ Was in der PM zudem verschwiegen wird, ist, dass BerEb einen verschlechterten Personalschlüssel⁷ und eine Kürzung von maximal 48 Monaten auf 36 Monate erfuhr, denn laut Auskunft eines Trägers startete BerEb nicht mit Beginn dieses Schuljahrs. Benachteiligte Kinder und Jugendliche werden wohl bis Anfang April 2023, also bis wenige Monate vor den Zeugnissen, auf individuelle Förderung warten müssen. Für viele wird damit die Motivation, die sie brauchen, um für einen guten Abschluss zu lernen, zu spät einsetzen, und sich damit dieser wichtige Baustein des

Programms nicht rechtzeitig entfalten können.

Trotzdem lieferte Kultusminister Piazolo in der erwähnten PM eine peinliche Selbstbeweihräucherung ab, indem er die Weiterführung von BerEb als eigenen Erfolg verbucht: »Mit Freude« könne er mitteilen, dass diese »wertvolle individuelle Unterstützung für die besonders von der Corona-Pandemie betroffenen Schülerinnen und Schüler« fortgesetzt werden kann. Glaubt er wirklich, dass man ihm das noch abnimmt?



von Dorothea Weniger
DDS-Redaktionsleiterin

- 1 DGB-Jugend: Ausbildungsreport 2022. Schwerpunkt: Berufsorientierung. Vgl. dgb.de
- 2 DGB-Pressemitteilung 52: Ausbildungsreport belegt Mängel in Ausbildung und Berufsorientierung. Vgl. dgb.de v. 31.8.2022
- 3 Landtag beschließt 71-Milliarden-Euro-Haushalt. Vgl. bayerische-staatszeitung.de v. 7.4.2022
- 4 Sarah Beham: Aus für Berufseinstiegsbegleitung an Mittelschulen. Vgl. br.de v. 10.3.2022
- 5 Nikolaus Nützel: Nach Protesten: Berufseinstiegsbegleitung in Bayern geht weiter. Vgl. br.de v. 22.4.2022
- 6 Pressemitteilung Nr. 49: Berufseinstiegsbegleitung: »Benachteiligte Jugendliche besonders unterstützen« – Fortsetzung auch in der nächsten Kohorte. Vgl. km.bayern.de v. 22.4.2022
- 7 Damit verschlechtern sich auch die Arbeitsbedingungen der Berufsbegleiter*innen. Zum Vergleich: Früher kamen auf eine Fachkraft 20 Kinder und Jugendliche, heute sind es 25.



Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) gibt es unter AJuM.de (Datenbank) oder unter LesePeter.de.

Im Oktober 2022 erhält den LesePeter das Jugendbuch

Grit Lemke
Kinder von Hoy
Suhrkamp Verlag • Berlin 2021 • 255 S.
Klappenbroschur
16,00 EUR • ab 17 Jahre
ISBN: 978-3-518-47172-2

Der dokumentarische Roman zeichnet das Leben der in den Fünfziger- und Sechzigerjahren geborenen Generation von Hoyerswerda bis in die Gegenwart nach. Dies geschieht mit prägnanten Interviewaussagen und literarischen Kommentaren, die in poetischer Sprache voller Lokalkolorit verfasst worden sind.

GEW und Medien – Pressemitteilungen der GEW Bayern ab September 2022

- GEW Bayern wendet sich mit Hunderten Statements von Lehrkräften zum Lehrer*innenmangel an das Kultusministerium – PM 29 v. 6.9.2022
- Das Schuljahr beginnt mit einer Bankrotterklärung des Kultusministers – PM 30 v. 8.9.2022
- GEW Bayern verliert in erster Instanz gegen christlich-fundamentalistischen Sexualaufklärer Teenstar Deutschland und warnt Schulen vor Zusammenarbeit mit dem Verein – PM 31 v. 13.9.2022

Alle Pressemitteilungen der GEW Bayern sind hier zu finden: gew-bayern.de





Von hier an geht es aufwärts!

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, ein erstklassiges Krisenmanagement, kreative Förderung ihres Potentials, viele erlebnisintensive Erfahrungen und erfreuliche Rahmenbedingungen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste, psychosomatische Erkrankungen.

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Tel.: 07221 / 39 39 30

**Gunzenbachstr. 8
76530 Baden-Baden**

www.leisberg-klinik.de

Anzeige

Die Hürde der schulaufsichtlichen Genehmigung



An Berufsschulen fehlen Lehrkräfte. Dieser Mangel ist dem Kultusministerium bekannt, weshalb es seit Jahren in seiner Lehrerbedarfsprognose mit guten Einstellungschancen für Berufsschullehrkräfte wirbt.¹ Um den Unterricht trotz des Mangels abdecken zu können, suchten die Schulleitungen in der Vergangenheit geeignete Menschen für die Tätigkeit als Lehrkraft, auch wenn sie über keine Lehramtsausbildung verfügten. So wurden für den Unterricht in den Klassen für Geflüchtete und Migrant*innen DaF-Lehrkräfte oder auch Germanist*innen befristet eingestellt, für den Sportunterricht diplomierte Trainer*innen. Ihrer Verantwortung für die Qualität des Unterrichts folgend stellten die Schulleitungen an kommunalen und privaten beruflichen Schulen für all diese Quereinsteiger*innen bei der Schulaufsichtsbehörde einen Antrag auf »schulaufsichtliche Genehmigung«. Da der Lehrkräftemangel nun schon länger andauert, wurden die befristeten Arbeitsverträge der Quereinsteiger*innen immer wieder verlängert, etliche erhielten auch eine unbefristete Anstellung.

In den letzten Jahren änderten die Schulaufsichtsbehörden jedoch ihre Genehmigungspraxis. Die Anforderungen

an die »einschlägige fachliche Ausbildung« sowie die »pädagogische Eignung« wurden immer enger ausgelegt.² Immer häufiger wurden »schulaufsichtliche Genehmigungen« nur noch bei unterhäftiger Beschäftigung erteilt. Da der Verdienst einer unterhäftigen Beschäftigung jedoch kaum zum Leben reicht, gibt es für diese Stellen nur wenige Interessent*innen.

Über die Ziele, die damit verfolgt werden, kann nur spekuliert werden: Soll verhindert werden, dass der Einstieg in den Schuldienst an beruflichen Schulen, an der regulären Ausbildung bzw. den Sondermaßnahmen vorbei, für sogenannte »Quereinsteiger*innen« möglich wird? Sollen die kommunalen Schulträger München und Nürnberg dazu gezwungen werden, die erfolgreiche Beschulung in Klassen des Berufsvorbereitungsjahrs (BVJ) und in Berufsintegrationsklassen (BIK) aus Lehrkräftemangel aufzugeben und stattdessen den Unterricht in Form kooperativer Beschulung an externe Partner auszulagern? Was aus Sicht des KM der Vorteil daran wäre? Externe Partner wären dann zwar zur Einhaltung des BVJ-Lehrplanes³ verpflichtet, müssen ihre Beschäftigten aber nicht wie Lehrkräfte bezahlen.

Aus gewerkschaftlicher Sicht reicht es nicht, auf die Wirkung der Werbung für den Lehrer*innenberuf zu setzen. Vielmehr ist die Attraktivität zu erhöhen. Neben besserer Bezahlung ist auch die Unterrichtspflichtzeit zur Entlastung zu senken. Anstatt nicht voll ausgebildeten Lehrkräften die »schulaufsichtliche Genehmigung« zu verweigern, sollte Quereinsteiger*innen ein Qualifizierungsangebot gemacht werden, um ihnen eine langfristige Berufsperspektive zu eröffnen.

von Erwin Saint Paul

Berufsschullehrer
Mitglied im Landesvorstand
der GEW Bayern



1 Vgl. Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus: Bayerische Lehrerbedarfsprognose 2022, S. 34 ff.

2 Vgl. KWMBI. 2011/15, S. 170 2038.3.5-UK: Einstellung und Verwendung von Lehrkräften an beruflichen Schulen – Vollzug von Art. 27 Abs. 4 Satz 1 und Art. 94 Abs. 1 und 3 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen. Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 13. Juli 2011 Az.: VII.7-5 P 9001.2-7b.42 911

3 Vgl. Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus: Lehrplan für die Berufsvorbereitung. April 2021, S. 2 ff.

Missstände und Investitionsstau im Berufsbildungszentrum in Nürnberg

Im Nürnberger Stadtteil Schoppershof steht Europas größtes Berufsbildungszentrum (BBZ). Doch sein baulicher Zustand ist seit Jahren deaströs. Deshalb luden die GEW-Personalrät*innen des Stufenpersonalrates und wir, die Mitglieder der Fachgruppe Berufliche Schulen der GEW Nürnberg, bereits vor der Coronapandemie Politiker*innen und Verantwortliche in den Behörden zu einer Podiumsdiskussion ein. Umfassende Sanierungsmaßnahmen blieben außer zum Brandschutz danach jedoch aus, sodass wir die Veranstaltung im Mai 2022 wiederholten, auch weil die Mängel während der Pandemie dazu führten, dass Hygienekonzepte nicht umgesetzt werden konnten (vgl. die beiden ersten Punkte in der folgenden Mängelliste).

Obwohl die Einladung zur Podiumsdiskussion mehr als rechtzeitig an die Stadtratsfraktionen versendet wurde, kam ausgerechnet von der CSU, die mit Cornelia Trinkl das Schulreferat in Nürnberg besetzt¹, niemand. Dafür waren die Vertreter*innen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke am Thema sehr interessiert. Erschüttert waren sie über unsere anschaulichen Berichte aus dem Schulalltag. Auch einige Schulleiter*innen anderer Schulen

erzählten von ähnlich schlechten baulichen Verhältnissen in ihren Einrichtungen.

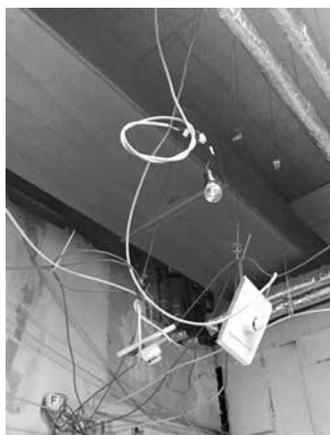
Folgende Mängel erschweren den schulischen Unterricht am BBZ, manche sind kaum noch tragbar:

- Klassenzimmer haben keine bzw. nicht funktionierende Waschbecken.
- Seifen- und Handtuchspender werden seit Langem nicht mehr aufgefüllt.
- Von den Decken hängen ungesicherte Kabel und Leitungen (Foto 1).
- Das Wasser aus den Leitungen, das u. a. zum Händewaschen, aber auch zum Kochen in den Schulküchen genutzt wird, ist stark rostig. Hinweis: In den Schulküchen werden angehende Köch*innen ausgebildet.
- Die Klassenzimmer sind dreckig. Kein Wunder, da die Reinigungszeit nur drei Minuten pro Klassenzimmer beträgt.
- Lüften ist teils unmöglich, da defekte Fenster nicht repariert, sondern verschraubt werden. Dadurch steigt im Sommer die Innenraumtemperatur auf bis zu 37 Grad (Foto 2).
- Lüften wird coronabedingt im Winter, sinken die Temperaturen im Klassenzimmer bis auf sechs bis acht Grad, da sich die Heizung erst abschaltet und sich dann nicht mehr schnell genug wieder erwärmt. Hier kollidieren

Vorgaben zum Energiesparen mit den Vorgaben des Hygienekonzeptes.

- Trotz Corona beschloss der Stadtrat, dass ab der 6. Klasse keine Luftreinigungsgeräte nötig seien, d. h. auch im Berufsbildungsbereich gibt es die Geräte nur in absoluten Ausnahmefällen. Vor Ort wurde nicht einmal die Aufstellung privat angeschaffter Geräte genehmigt.
- In einem Neubau auf dem Gelände zerspringen nacheinander die Fensterscheiben, ohne dass dagegen etwas unternommen wird. Ein Skandal, da es sich bei einem Eingreifen vonseiten des Bauamts um eine Reklamation handeln würde, die keine Kosten verursachen würde.
- Beim Thema Digitalisierung können die Lehrkräfte nur noch verzweifelt lachen. An den veralteten PCs, am fehlenden WLAN und an der schlechten Internetverbindung änderte auch der viel gepriesene bayerische »DigitalPakt Schule« bisher nichts (Foto 3+4).

Die Hausmeister des BBZ sind überlastet, können sich aber zumindest auf ihre Arbeitsplatzbeschreibung berufen. Manche Aufgaben übernehmen sie nicht (mehr). Deshalb müssen nun wir Lehrkräfte zunehmend Hausmeister-tätigkeiten ausführen. Wir füllen Sei-



Nach der Erneuerung der Elektrik fehlen noch die Deckenplatten und an den Wänden der Putz.



Kaputte Fenster werden einfach verschraubt. Öffnen lassen sie sich danach nicht mehr.



Bildschirm und Tastatur wurden aus dem letzten Jahrhundert »herübergerettet«.



In einem Klassenraum wird der Beamer mit einer Metalldose stabilisiert. Fotos: Bernd Hampel

fenspender mit Seife auf, die wir zuvor selbst einkaufen müssen. Wo ist unsere Belastungsgrenze, wo ist unsere Arbeitsplatzbeschreibung, die ihren Namen verdient?

von Dr. Doris Weber

Mitglied der Fachgruppe Berufliche Schulen
in der GEW Nürnberg

Literaturtipp:

Dr. Ansgar Klinger, Prof. Dr. Werner Kuhlmeier, Dieter Staudt: Bau und Sanierung Berufsbildender Schulen. Orientierungsrahmen und Empfehlungen der GEW. Download: gew.de

In eigener Sache:

Wer ähnliche Zustände aus seiner oder ihrer Schule kennt, kann gerne einen kurzen Bericht und Fotos an die DDS-Redaktion (doro.weniger@gew-bayern.de) schicken.

- 1 Die Schullehrerin Cornelia Trinkl (CSU) äußerte sich nach der Veranstaltung gegenüber der Presse. Im Jahr 2020 seien laut ihrer Angaben z. B. 1,4 Mio. Euro in das Gebäude investiert worden. Weiter meinte sie, dass grundsätzlich sehr viel Geld zur Begrenzung von Schäden in das BBZ fließen würde. Was sie nicht sagte, ist, dass im BBZ sechs Berufsschulen untergebracht sind. Außerdem gibt es noch einen Neubau, für den das Geld ebenso verwendet wird. Bedenkt man die beiden zuletzt genannten Faktoren, fällt der »Geldsegen« also weit geringer aus.

Wettbewerb »Die Gelbe Hand« 2022/2023 – dieses Mal mit Schwerpunkt in Bayern

Im September startete der Wettbewerb »Die Gelbe Hand« 2022/2023. Daran beteiligen können sich die Gewerkschaftsjugend, Auszubildende und Schüler*innen an Berufsschulen und -kollegs sowie alle Jugendlichen, die sich derzeit in einer beruflichen Ausbildung befinden. Sie können mit ihren Beiträgen ein kreatives Zeichen gegen Rassismus, Rechtsextremismus, Diskriminierung und für ein vielfältiges und solidarisches Miteinander setzen. Erlaubt sind alle Projektarten, Darstellungsformen und Medien, die in den Jahren 2021 und 2022 entstanden sind und bei keinem anderen Wettbewerb prämiert wurden.

Der Wettbewerb findet zwar deutschlandweit statt, doch übernimmt jedes Jahr ein anderes Bundesland die Schirmherrschaft. Dieses Mal ist Bayern dran. Deshalb übernahm auch der bayerische Ministerpräsident Markus Söder zusammen mit dem Bundesvorsitzenden der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) Robert Feiger die Schirmherrschaft.

In seinem Grußwort erklärt Kollege Feiger den Hintergrund des Wettbewerbs: »Die Gelbe Hand engagiert sich seit über 35 Jahren im Kampf gegen rassistische Ausgrenzung in der Arbeitswelt. Der Verein ist jahrzehntelanger Partner der IG BAU. Gemeinsam mit unseren Schwestergewerkschaften haben wir ihn in der Überzeugung gegründet, dass allen die gleichen Rechte zustehen. Bis heute ist er Sammelpunkt für engagierte und betroffene Kolleginnen und Kollegen, die aktiv werden und sich wehren.«



Folgende Preise gibt es bei dem Wettbewerb zu gewinnen:

- 1. Preis: 1.000 Euro
- 2. Preis: 500 Euro
- 3. Preis: 300 Euro
- Sonderpreis Bayern: 500 Euro
- Sonderpreis DGB-Jugend Bayern: 500 Euro
- Sonderpreis DGB-Jugend Nordrhein-Westfalen: 500 Euro

Aktuelle Informationen zum Wettbewerb, Anregungen und Formulare: gelbehand.de/wettbewerb

Einsendeschluss: 15. Januar 2023
Die feierliche Preisverleihung findet im März 2023 in München statt.

Neues Qualifizierungskonzept für Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen »Menschenfeindlichkeit im Netz begegnen. Demokratische Kompetenzen von Berufsschüler*innen im digitalen Raum stärken.«

Das Konzept »Menschenfeindlichkeit im Netz begegnen. Demokratische Kompetenzen von Berufsschüler*innen im digitalen Raum stärken.« wurde von »Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Rassismus e. V.« entwickelt. Der »Kumpelverein«, auch bekannt als »Gelbe Hand«, ist Teil des gewerkschaftlichen Engagements gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Die Basis des Qualifizierungskonzepts für Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen beruht auf einer mehrstufigen Bestands- und repräsentativen Bedarfsanalyse. Es wurde nach seiner Entwicklung erprobt und evaluiert. Nunmehr kann es bundesweit unter freier Lizenz in den Kollegien der beruflichen Schulen und in Weiterbildungseinrichtungen eingesetzt werden.

Download des Konzepts (36 Seiten) als PDF:

gelbehand.de/fileadmin/user_upload/download/fachstelle_fachpersonal/Qualifizierungskonzept_B_Menschenfeindlichkeit_im_Netz_begegnen.pdf

Ihr braucht Unterstützung bei der Organisation der Umsetzung des Konzepts? Dann nehmt doch Kontakt zu den Kolleg*innen der »Gelben Hand« auf (E-Mail: demokratiefoerderung@gelbehand.de). Sie unterstützen euch ebenso unentgeltlich.

Lerneinheit für berufsbildende Schulen »Woran erkenne ich seriöse Nachrichten? Medienkompetenz kann man lernen«

In dieser 90-minütigen Lerneinheit werden Berufsschüler*innen dazu angeregt, kritischer über ihren eigenen Medienkonsum nachzudenken. Zudem wird ihr Blick für seriöse Berichterstattung geschärft. Die PDF der Broschüre enthält alle Materialien, die für die Durchführung als Doppelstunde benötigt werden, und ist für die eigenständige Durchführung geeignet.

Download der Broschüre und der dazugehörigen Materialien: gelbehand.de/informiere-dich/demokratiefoerderung-in-der-beruflichen-bildung/lerneinheiten

Die gleiche Lerneinheit gibt es auch für Ausbildungsbetriebe und Ausbildungszentren. Auch sie ist auf der Homepage der »Gelben Hand« zu finden.

Beide Lerneinheiten basieren auf einer mehrstufigen Bestands- und repräsentativen Bedarfsanalyse. Sie wurden in Kooperation mit Fachkräften entwickelt, erprobt und evaluiert. Sie können unter freier Lizenz in Ausbildungsbetrieben, Ausbildungszentren, berufsbildenden Schulen bundesweit eingesetzt werden.

Bei der Umsetzung der Lerneinheiten an den Lernorten steht die Beratungs- und Transferstelle (gelbehand.de/fileadmin/user_upload/download/fachstelle_fachpersonal/Flyer_Beratungs_und_Transferstelle.pdf) unentgeltlich zur Verfügung. Buchungsanfragen bitte an: demokratiefoerderung@gelbehand.de

Ukrainische Geflüchtete in Schulen und institutioneller Rassismus

Bei den Überlegungen zur Beschulung von ukrainischen Jugendlichen tauchen immer zwei sehr gute Ideen auf: Zum einen sollen die mitgebrachten Schul- und Berufsabschlüsse möglichst schnell anerkannt werden. Zum anderen soll es herkunftssprachlichen Unterricht geben – manchmal als zusätzliches Angebot gefordert, manchmal aber auch als Hauptangebot zur Beschulung. Beide Ideen beinhalten die Gefahr von institutionalisiertem Rassismus.

Im Folgenden soll vor allem auf den zweiten Punkt eingegangen werden, da dieser die Schulen betrifft. Bereits in den 80er-Jahren gab es in Bayern muttersprachliche Klassen für türkischstämmige Kinder und Jugendliche aufgrund der Vorstellung, die Familien würden wieder in die Türkei zurückkehren. Dieses Vorgehen scheiterte und erschwerte den betroffenen Schülerinnen und Schülern die erfolgreiche Teilhabe an der Gesellschaft.

Der gleiche Weg soll nun – gut gemeint – wieder eingeschlagen werden, birgt aber immense Gefahren in sich. Der wichtigste Punkt ist, dass die Schüler*innen dann keinen gesteuerten Deutsch-Spracherwerb durchlaufen, sondern Deutsch mal mehr, mal weniger auf der Straße lernen. Wenn der Krieg in der Ukraine irgendwann zu Ende ist, kann ihre Abschiebung dann sehr leicht auf die politische Tagesordnung gesetzt werden, da ohne solide Deutschkenntnisse auf mangelnde Integration geschlossen werden wird. Auch Arbeit zu finden wird nur in Nischen möglich sein. Dieser Vorschlag taucht mit zunehmender Dauer des Krieges aktuell allerdings seltener auf.

Nach wie vor wird aber zusätzlicher herkunftssprachlicher Unterricht als Ergänzung gefordert. Dies wäre auch sehr wünschenswert – die Schüler*innen behalten den Bezug zur Herkunftssprache, sie können sich dort entspannt austauschen und so leichter Zugang zu relevanten Informationen finden. Das wäre

aber für ALLE Neuzugewanderten wichtig! Beschränkt man diese Forderung auf die ukrainischen Schüler*innen, manifestiert sich die Unterscheidung in erwünschte und unerwünschte Neuzugewanderte. Seit vielen Jahren gibt es an den Berufsschulen die Berufsintegrationsklassen, in denen nach sprachlichen Vorkenntnissen unterrichtet wird und nicht nach Nationalitäten. Das jetzt zu ändern, wäre ein Rückschritt in rassistische Strukturen. Begründungen dafür sind die erwartete gute schulische Vorbildung der ukrainischen Schüler*innen und, dass sie uns »näher« als Zugewanderte aus anderen Ländern sind. Wenn uns aber Ukrainer*innen näher als andere sind, weil sie aus Europa kommen, was ist dann mit den Schüler*innen aus Griechenland, Italien, Bulgarien ...? Und warum zieht man nicht das Kriterium Vorbildung zur Klasseneinteilung heran? Auch aus anderen Ländern kommen schließlich gut Vorgebildete hierher. Dies wäre für ein gut strukturiertes Lernen hilfreicher als eine Separierung der Nationalitäten.

Wie die Erfahrungen aus anderen Kriegen wie in Syrien zeigen, fliehen zuerst die gebildeteren Familien, da sie eher im Ausland Anknüpfungspunkte haben und dort Chancen sehen. Wenn der Krieg aber länger dauert und das Land ebenso wie in Syrien weiter zerstört wird, dann betrifft das auch die Schulen und damit auch die schulische Vorbildung der Fliehenden. Damit werden dann auch weniger gebildete Menschen zu uns kommen, da sie in ihrem Land immer weniger Überlebenschancen haben. Werden die Ukrainer*innen, die bei Anhalten des Krieges zu uns kommen, dann ebenso ignorant vom deutschen Staat behandelt wie die Syrer*innen oder Afghan*innen jetzt?

Wir sollten uns sehr vor einer Teilung der Schüler*innen nach Nationalitäten hüten. Dies führt nur zu Ängsten und Spannungen. Alle Neuzugewanderten brauchen dieselben Chancen und dieselbe Unterstützung. Alle brauchen die



Foto: IMAGO / Christian Spicker_

Chance auf ein Bleiberecht, finanzielle Unterstützung, akzeptablen Wohnraum und eben auch die gleiche Qualität bei der Beschulung. Alles andere ist institutionalisierter Rassismus.



von Dr. Doris Weber

Landesfachgruppe Bayern
Berufliche Schulen der GEW

P. S. : Um dem Scheinargument »Alles es fehlt an Lehrkräften« vorzubeugen, noch zwei abschließende Anmerkungen: Lehrkräfte mit der Qualifikation Deutsch als Zweitsprache (DaZ) oder Deutsch als Fremdsprache (DaF) gibt es! Sie sind am besten ausgebildet und haben viel Erfahrung im Unterrichten von internationalen Gruppen. Um für sie menschenwürdige Arbeitsbedingungen und für das System Schule Konstanz zu erzielen, brauchen diese Lehrkräfte aber ein sicheres Arbeitsverhältnis, das sich auch über unbefristete Arbeitsverträge ausdrückt!

Um ein weiteres Signal gegen institutionellen Rassismus in Bildungseinrichtungen zu setzen, sollte der Bedarf von DaF/DaZ in allen Schularten endlich anerkannt werden. DaZ sollte dann auch im Rahmen der Lehramtsprüfungsordnung (LPO I) für das Lehramt Gymnasien, Realschule, Sonderpädagogik und Berufliche Schulen als vollwertiges, grundständiges Fach studiert und mit dem zweiten Staatsexamen abgeschlossen werden können.

Bildungscamp: GEW geht mit ihren Forderungen an die Öffentlichkeit

Die GEW Bayern macht seit Jahren Vorschläge zu notwendigen Strukturveränderungen, um das Bildungssystem den aktuellen Herausforderungen anzupassen. »Leider haben die Ministerien unsere konstruktiven Vorschläge nie aufgegriffen und nur zulasten der Beschäftigten enorme Einschnitte bei den Arbeitsbedingungen durchgesetzt«, kritisiert die Vorsitzende der GEW Bayern Martina Borgendale. Die Lage verschärfte sich vor allem durch den Fachkräftemangel in Kita und Schule in den letzten Jahren enorm. Die GEW Bayern lud deshalb vom 13. bis 15. Juli alle Betroffenen und Interessierten zu einem Bildungscamp unter dem Motto »Endlich gute Bildung für Alle!« nach München.

Drei Tagelang diskutierten wir am Wittelsbacherplatz in unmittelbarer Nähe zum Kultus- und Finanzministerium wichtige Themen der bayerischen Bildungspolitik, wir benannten die Probleme und präsentierten Lösungsvorschläge. Zwei Konzerte sorgten für den kulturellen Rahmen.

Mittwoch

Am Mittwoch bauten wir das Camp auf: zwei große offene Zelte für Bastelaktivitäten, Technik, Verpflegung und vor allem als Schattenspender, ein Bühnensitz und das Mobiliar eines Klassenzimmers sowie zwei VW-Busse für die »Nachtwachen«, denn das Camp war rund um

die Uhr besetzt. Um 14.00 Uhr eröffneten die Landesvorsitzende der GEW Bayern Martina Borgendale und Siggie Grob vom Vorbereitungsteam das Camp.

Das Programm startete mit einem großen Wurf: Auf ihrer letzten Landesvertreter*innenversammlung hatten die GEWler*innen das Konzept einer neuen flexiblen Lehrer*innenbildung beschlossen. Zentrale Säulen darin sind Stufenlehrer*innen, ein Berufseinstiegsjahr statt Referendariat und ein deutlicher Ausbau der Fortbildungen für Zusatz- und Nachqualifikationen. Im Gespräch mit Siggie Grob stellte ich, Wolfram Witte, dieses Konzept einer leider sehr kleinen Öffentlichkeit vor und beantwortete die Fragen der Zuhörenden.

Im Anschluss übernahmen zwei Kollegen der GEW-Fachgruppe Hochschule und Forschung die Bühne und stellten die veralteten Strukturen der Hochschulausbildung und -arbeit vor. Sie kritisierten die geplante Hochschulreform und forderten eine demokratischere Hochschule. Zudem setzten sie sich kritisch mit dem Buch #ICH BIN HANNA auseinander, ein Aufbegehren von Wissenschaftler*innen des Mittelbaus gegen ihre Arbeitsbedingungen. Die beiden Gewerkschafter kritisierten dabei aber, dass die Autor*innen die Dimension der Ursachen der Probleme in ihrer Tiefe nicht erfassten. So sei anstatt Lobbyarbeit ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad der Beschäftigten notwendig, der dann in einen Arbeitskampf münden müsste. Die Lehre

bräuchte zudem einen höheren Stellenwert, die Hochschulen eine ordentliche Grundfinanzierung.

Danach folgte eine sehr spannende Diskussionsrunde aus Politiker*innen und der Landesvorsitzenden, die Moni Hartl, Vorsitzende der GEW Unterfranken, souverän und mit viel Übersicht moderierte. Hauptthemen waren: Bildungsgerechtigkeit, A13 für alle und der Fachkräftemangel.

Die CSU sagte am Vorabend ab, ein leerer Stuhl dokumentierte die fehlende Wertschätzung. Für die Linke nahm die Sprecherin für Bildung und Wissenschaft der Bundestagsfraktion Nicole Gohlke aus München teil. Die FDP vertrat Matthias Fischbach, die SPD Margot Wild und Bündnis 90/Die Grünen Anna Schwamberger. Der Vertreter der Freien Wähler war leider kurzfristig erkrankt.

Alle Oppositionsparteien waren sich einig: A 13 als Einstiegsbesoldung für alle Lehrämter muss dringend auch in Bayern umgesetzt werden! Nicole Gohlke warb zudem für ein Bildungsrahmengesetz des Bundes, in dem A 13 zum Standard für alle Bundesländer gemacht werden könne.

Martina Borgendale stellte ein Paket mit Vorschlägen zur Behebung des massiven Fachkräftemangels in Schulen und Kitas vor. Es umfasst Bildungsgutscheine, Zulagen für Erzieher*innen, IT-Fachfirmen zur Entlastung der Schulen, bessere Arbeitsbedingungen an Kitas und Schulen und eine Entlastung der Kommunen für den Ausbau der Ganztagsbetreuung.



Wolfram Witte und Siggie Grob diskutieren über Lehrer*innenbildung.



Marco Helmbrecht und Kilian Gremminger kritisieren Hochschulstrukturen.



Die Politiker*innenrunde mit Anna Schwamberger, Martina Borgendale, Moni Hartl, Nicole Gohlke, Margot Wild und Matthias Fischbach.



Johannes Schiller, Florian Kohl und Bernhard Baudler kritisieren die fehlende Umsetzung des Arbeitsschutzgesetzes.

Für den kulturellen Abschluss des Tages sorgten Michèle Lombardo und Lena Maier mit ihrem Pianisten. In einem mitreißenden Konzert spielten sie zuerst Lieder aus der Ära des Swing, später z. B. »Sommer in der Stadt« von der Spider Murphy Gang und als Zugabe »99 Luftballons« von Nena. Tolles Konzert!

Die »Nachtwache« übernahmen in letzter Konsequenz die Studierenden, die die Nacht zum Tag machten und noch lange debattierten.

Donnerstag

Den Donnerstag eröffneten Mario Schwandt, GEW-Gewerkschaftssekretär für sozialpädagogische Berufe aus Nürnberg, und ich, Jörn Bülc, ehemals Schulleiter und derzeit für Schule und Ganztagsbildung im Landesvorstand zuständig, mit einem Vortrag und Fachgespräch zur Ganztagsbildung und zu gewerkschaftlichen Forderungen bei der Umsetzung des Ganztagsförderungsgesetzes und der Einführung des Gesetzesanspruchs auf Ganztagsbildung in der Grundschule ab 2026. Wieder stand der gravierende Fachkräftemangel im Vordergrund, ebenso die Kritik an den fehlenden Umsetzungsstrategien aufseiten der Staatsregierung.

Mit einem »absurden« Theater kritisierte Johannes Schiller von der Fachgruppe sonderpädagogische Berufe die fehlende Umsetzung des Arbeitsschutzgesetzes in Bayern – seit Jahrzehnten warten die Beschäftigten darauf, dass die Staatsregierung die Lehrer*innengesundheit und den Arbeitsschutz ernst nimmt.

Das Thema Lehrer*innengesundheit sowie die Auswirkungen des Piazolo-Paketes griffen anschließend auch Kolleg*innen der Fachgruppe Grund- und Mittelschulen München in einer sehr beeindruckenden Lesung aus Schreiben von Kolleg*innen zur Arbeitsbelastung auf.

Ein weiterer Höhepunkt war der Auftritt von Tina Uthoff zum Thema »Haltung zeigen, Strukturen verändern«. Ihre zum Teil sehr kritischen und nachdenklich stimmenden Thesen diskutierte sie anschließend intensiv mit dem Publikum.

Freitag

Am Freitag bastelten sich zuerst Kinder vorbeikommender Schulklassen ihre Lehrkräfte selbst. Anschließend begeisterte die Songwriterin, Sängerin und Gitarristin Amélie Haidt mit einem bunten Mix aus Eigenkompositionen und Songs

aus ihrer Kindheit (Sting, Stevie Wonder) sowie Interpretationen von Künstler*innen wie Amy Winehouse. Ein Mix, der perfekt zur Sonne und zum wunderbaren Abschluss des Bildungscamps passte.

Damit ging ein Experiment zu Ende, zu dem Karin Just, lange Jahre Redaktionsleiterin der DDS, schrieb: »Es war eine ganz, ganz tolle Veranstaltung. Ich habe in meinen 30 Jahren bei der GEW nur wenig und wenn, dann lange nicht mehr etwas erlebt, das sowohl inhaltlich als auch von der Darstellung her eine solch hohe Qualität hatte.«

Ein Resümee, das auch die Anwesenden teilten. Umso bitterer war es v. a. für die, die das Camp organisiert hatten,

- dass außer einem »engen Kreis« nur wenige GEW-Kolleg*innen zum Bildungscamp kamen,
- dass von der Presse – teils zwar entschuldigt – niemand kam,
- dass sich, bis auf wenige Tourist*innen bei den Konzerten, kaum jemand der Passant*innen für unsere Forderungen interessierte.

Sehr, sehr schade, denn die Organisation und die Inhalte waren toll.

von Jörn Bülc

Mitglied im Landesvorstand

und Wolfram Witte

Mitglied der DDS-Redaktion



Jörn Bülc und Mario Schwandt stellen ihr Ganztagskonzept vor.

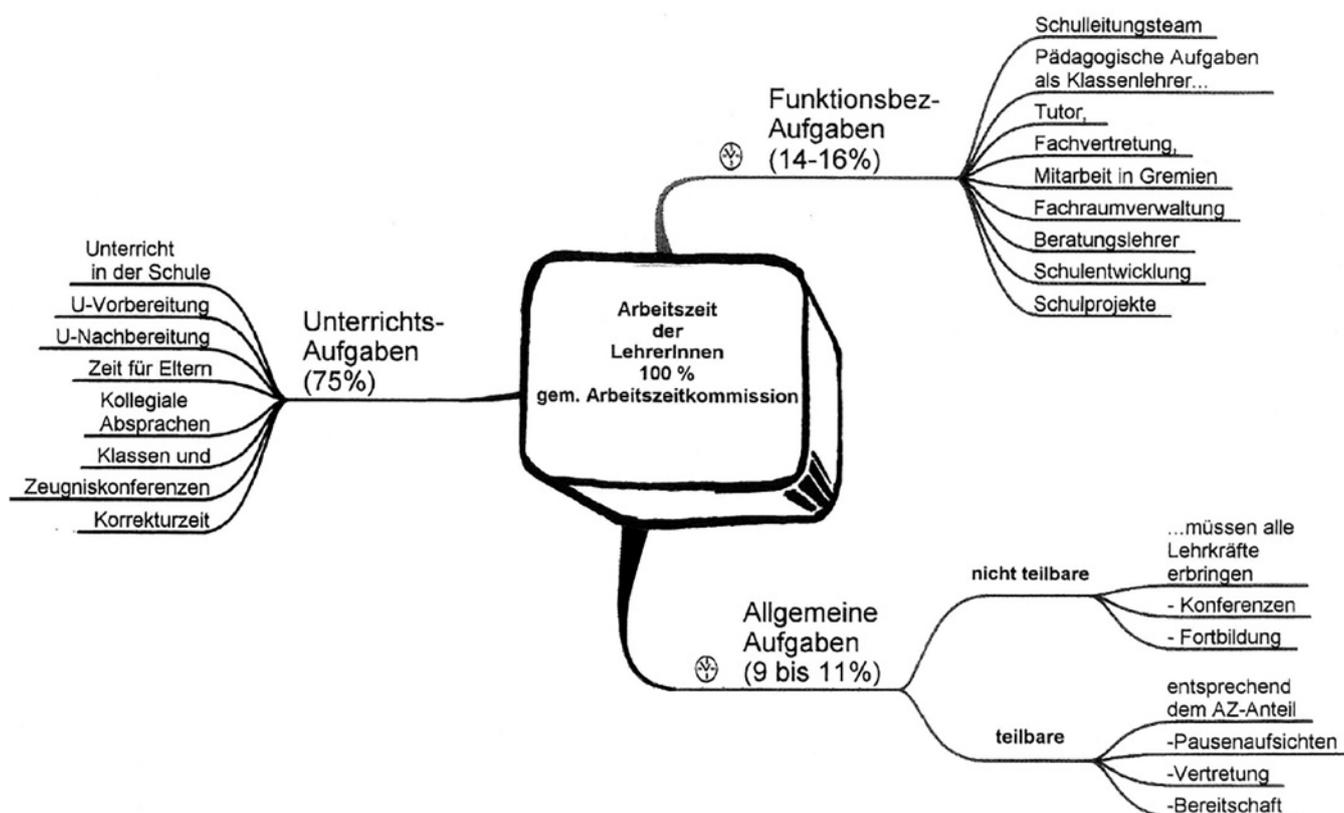


Tina Uthoff präsentiert ihre Thesen.

Fotos: Jörn Bülc und Karin Just

Zeit, dass sich was dreht!

Die Arbeitszeit von Lehrkräften läuft aus dem Ruder – ein Faktencheck



Grafik: Stephanie Odenwald: Das Hamburger Arbeitszeitmodell: Mehrarbeit und Qualitätsminderung der Bildung (gew-hamburg.de)

Die FIFA-Hymne mit gleichem Titel von Herbert Grönemeyer zur WM 2006 in Deutschland trifft auch angesichts der Arbeitszeit von Lehrkräften den Nagel auf den Kopf! Während das Herz vieler Fußballfans bei der im November beginnenden WM sicher wieder höher schlägt, treibt die Lehrer*innen deutschlandweit etwas anderes um: Ihre Arbeitszeit läuft aus dem Ruder. Und das schon seit Langem. Nicht umsonst wurden beim außerordentlichen Gewerkschaftstag der GEW im Juni weitreichende Beschlüsse dazu gefasst, denn allen ist klar: Es muss sich etwas ändern – und zwar schnell.¹

Eine Art »Faktencheck« soll im Folgenden eine Basis für Diskussionen schaffen, die wir führen müssen: im Lehrer*innenzimmer, am Stammtisch, im Freund*innen- und Bekanntenkreis. Wir müssen auf allen Ebenen Überzeugungsarbeit leisten, damit sich für uns Lehrkräfte endlich »was dreht«.

Frage 1: Wer legt die Arbeitszeit von Lehrkräften fest?

In Deutschland – und damit auch in Bayern – legt die Arbeitszeit von Lehrkräften über Gesetze und Rechtsverordnungen allein der Dienstherr fest. Dass es anders geht, zeigt ein Blick ins benachbarte Dänemark: Hier vereinbaren die grundsätzlichen Arbeitszeitregelungen für Lehrkräfte die Lehrer*innengewerkschaft, der fast alle Lehrkräfte angehören, und der Verband der Kommunen. Das forderte die GEW auch beim außerordentlichen Gewerkschaftstag: freie Verhandlungen auf Augenhöhe!

Frage 2: Warum gibt es je nach Schulart unterschiedliche Stundendeputate?

Unterschiedliche Stundendeputate für Lehrkräfte verschiedener Schularten gehen auf historisch längst überholte Bildungsvorstellungen zurück: Der zeitliche Aufwand für die Vor- und Nachbereitung

eines »wissenschaftlichen« Unterrichts sei größer als der an »Volksschulen«, daher müsse eben dort mehr unterrichtet werden. Abgesehen davon, dass sich seit vielen Jahrzehnten die Ausbildung aller Lehrämter hinsichtlich Anforderungsniveau und Dauer nach und nach angeglichen hat, widersprechen die unterschiedlichen Stundendeputate auch der tatsächlichen Arbeitsbelastung, die für alle Lehrämter zugenommen hat. Wer eine Überwindung des gegliederten Schulsystems fordert, muss zuallererst bei den Lehrkräften anfangen. Das beginnt bei einer schulartübergreifenden Stufenausbildung², geht über eine Angleichung der Stundendeputate bis hin zur gleichwertigen Bezahlung.

Kampf für bessere Bildung

Frage 3: Warum verlangt die GEW eine Reduzierung der Unterrichtsstunden für alle?

Die Forderung nach einer Reduzierung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich ist nicht bloß ein urgewerkschaftliches Anliegen, das auf eine bessere Balance von Erwerbsarbeit und Privatleben zielt, sondern Teil des Kampfes für eine bessere Bildung! Weniger Unterricht für den Einzelnen trägt eben zu einer Steigerung der Qualität insgesamt bei. Genau dies ist eine zentrale Erkenntnis aus den niedersächsischen (2016) und Frankfurter (2020) Arbeitszeit- und Arbeitsbelastungsstudien der Universität Göttingen.³ Demnach halten Vollzeitlehrkräfte im Durchschnitt die Arbeitszeitvorgaben weitestgehend ein – die Wissenschaftler*innen sprechen hier von einem »Deckeneffekt« –, während Teilzeitkräfte überproportional Überstunden leisten. Die einen hören am Ende des Tages einfach auf, mit dem sehr belastenden Gefühl, wieder einmal nicht fertig geworden zu sein; die anderen nehmen sich für ihre Arbeit so viel Zeit, wie sie eben braucht, damit sie »gut« ist, und bezahlen diesen Qualitätsgewinn mit Gehaltseinbußen. Kultusministerien nutzen das pädagogische Engagement der Kolleg*innen gnadenlos aus, um das System überhaupt noch am Laufen zu halten – und nehmen billigend in Kauf, dass viele längst über ihre Belastungsgrenzen hinweg arbeiten: 17 Prozent der Vollzeitlehrkräfte überschreiten während der Schulwochen dauerhaft die gesetzliche Höchstarbeitszeit von 48 Stunden pro Woche.

Frage 4:

Kann die Gesamtarbeitszeit von Lehrkräften überhaupt exakt erfasst werden?

Sie kann nicht nur, sie muss auch! Im Mai 2019 stellte der Europäische Gerichtshof (EuGH) klar, dass die Mitgliedsstaaten Arbeitgeber verpflichten müssen, ein objektives, verlässliches und zugängliches System einzurichten, mit dem die von Arbeitnehmer*innen geleistete tägliche Arbeitszeit gemessen werden kann.⁴ Nur so lasse sich die Einhaltung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union sicherstellen. Die GEW forderte die Bundesregierung deshalb beim Gewerkschaftstag unmissverständlich auf, »endlich einen Gesetzentwurf zur Reform des Arbeitszeitgesetzes vorzulegen, welches die Anforderungen des EuGH umsetzt.«

Selbstaufschreibung funktioniert

Wie das genau funktionieren kann, stellte die Uni Göttingen in ihren repräsentativen Zeiterfassungsstudien eindringlich unter Beweis. In einem wegweisenden Urteil⁵ überwand das Obergericht Lüneburg die bisher vorherrschende Rechtsauffassung, dass die Arbeitszeit von Lehrkräften nur hinsichtlich der Unterrichtszeit exakt gemessen werden könne. Selbst das niedersächsische Kultusministerium zweifelt nicht mehr an der Methodik der Selbstaufschreibung durch Lehrkräfte für die außerunterrichtlichen Zeiteile: »Mit der Göttinger Arbeitszeitstudie liegt eine bundesweit einzigartige und methodisch vorbildliche Erhebung der Arbeitszeit von Lehrerinnen und Lehrern vor, die [...] als Maßstab für zukünftige Arbeitszeitmessungen dienen sollte.«⁶

Frage 5:

Gibt es Alternativen zum Pflichtstundenmodell?

Im Jahr 2003 beschloss Hamburg als bisher einziges Bundesland die Einführung eines Jahresarbeitszeitkontos für Lehrkräfte. Der dortige GEW-Landesverband sieht darin bis heute eine »bundesweit einmalige Arbeitszeiterhöhung für Lehrer*innen«. Dabei war es eine Gewerkschaftsforderung gewesen, die außerunterrichtlichen Arbeitszeiten in die Gesamtrechnung mit einzubeziehen. Was läuft also falsch?

Die Gesamtjahresarbeitszeit einer Lehrkraft wird nach dem Hamburger Arbeitszeitmodell (AZM) in drei Aufgabenbereiche unterteilt (s. Grafik zu diesem Artikel): Es gibt unterrichtsbezogene Aufgaben (75 Prozent), zu der die gesamte Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung des Unterrichts sowie Absprachen mit Kolleg*innen, Zeugniskonferenzen und Elternsprechtag gehören. 14 bis 16 Prozent der Arbeitszeit sind für funktionsbezogene Aufgaben wie die Mitarbeit in der Schulleitung, Klassenleitung, Gremienarbeit, Schulentwicklung usw. vorgesehen. Die restlichen 9 bis 11 Prozent stehen für die teilbaren (Pausenaufsichten, Vertretungen) und unteilbaren Aufgaben (Konferenzen, Fortbildungen) zur Verfügung. Mit Hilfe einer Faktorisierung wird nun die Anzahl der zu unterrichtenden Stunden für jede einzelne Lehrkraft festgelegt, wobei nach

Fach, Altersstufe und Schulart unterschieden wird.

Das Hauptproblem des AZM war und ist, dass die berechneten Zeitfenster, insbesondere für die unterrichtsbezogenen Aufgaben, nach Ansicht vieler Lehrkräfte hinten und vorn nicht ausreichen. Außerdem seien in den letzten 19 Jahren neue Aufgaben hinzugekommen (Stichwort Integration, Inklusion, Digitalisierung), für die das AZM überhaupt keine Zeitkontingente ausweist.

Aus »Hamburg« lernen

Fazit:

Eine Neuregelung der Arbeitszeit von Lehrkräften ist unumgänglich. Der Anteil der außerunterrichtlichen Tätigkeiten nahm in den letzten Jahrzehnten stetig zu, ohne dass die Unterrichtsverpflichtung entsprechend reduziert wurde. Dies kann auf Dauer nicht gut gehen. Das Pflichtstundenmodell hat ausgedient, weil es die Verantwortung für die Dauer aller außerunterrichtlichen Tätigkeiten auf die einzelne Lehrkraft abwälzt und damit dem Urteil des EuGH widerspricht. Wenn die Gesamtarbeitszeit von Lehrkräften in Zukunft erfasst werden soll, kommen wir um eine Art Jahresarbeitszeitkonto nicht herum. Allerdings sollten wir aus den Erfahrungen von Hamburg lernen und es besser machen: Nicht vorgegebene Zeitbudgets dürfen die pädagogische Arbeit diktieren, vielmehr brauchen wir fließende Zeitkorridore für die unterschiedlichen Aufgabenbereiche. Es muss der Grundsatz gelten: Jede (Arbeits-)Stunde zählt!

Von allein wird sich allerdings nichts ändern. Grönemeyer drückt es so aus: »Wer sich jetzt nicht regt, wird ewig warten.« Wie recht er hat.

von Markus Weinberger

Vorsitzender
des GEW-Kreisverbandes
Landshut/
Westl. Niederbayern



- 1 Vgl. dazu auch das aktuelle BAG-Urteil vom 13.9.2022 – 1 ABR 22/21 (bundesarbeitsgericht.de)
- 2 Vgl. Konzept zu einer neuen Lehrer*innenbildung der GEW Bayern; gew-bayern.de/lehrer-innenbildung
- 3 Neben diesen beiden Studien gibt es auf der Webseite kooperationsstelle.uni-goettingen.de weitere Informationen zum Thema.
- 4 EuGH vom 14.5.2019 (C-55/18)
- 5 OVG Lüneburg, 5. Senat, Urteil vom 9.6.2015, KN 148/14
- 6 Niedersächsisches Kultusministerium: Expertengremium Arbeitszeitanalyse legt Abschlussbericht vor. Vgl. mk.niedersachsen.de v. 22.10.2018

GEW und DGB begehen in Weiden den Antikriegstag



Theresa Weidhas rezitierte anlässlich des Antikriegstags Gedichte gegen den Krieg.
Foto: Raul Vitzthum

Nach langer Zeit fand am Dienstag, den 30. August 2022, um 18.30 Uhr wieder einmal eine gewerkschaftliche Veranstaltung zum Antikriegstag am 1. September in Weiden statt. Organisiert wurde sie von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Nordoberpfalz mit Unterstützung durch den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) Weiden-Neustadt/WN.

In seiner Eröffnungsansprache verwies Raul Vitzthum, Vorsitzender der GEW Nordoberpfalz, auf die lange gewerkschaftliche Tradition dieses Gedenktages. Des Weiteren erinnerte er an die Folgen von Kriegen weltweit: Tod, Zerstörung und Flucht. Deshalb das Motto des DGB zum diesjährigen Antikriegstag: »Für den Frieden! Gegen einen neuen Rüstungswettlauf! Die Waffen müssen endlich schweigen!« Gerade unter dem Eindruck des russischen Angriffskrieges in der Ukraine und der Folgen für das restliche Europa eine wichtige und dringende Losung.

Das TrioVolxxang präsentierte nach den Redebeiträgen Lieder aus der Gewerkschafts- und Friedensbewegung. Theresa Weidhas überzeugte das Publikum mit ihren mitreißenden Vorträgen von Gedichten gegen den Krieg.

Die GEW Nordoberpfalz plant zum Internationalen Tag des Friedens am 19. September 2022 eine weitere Veranstaltung zur sozialen Verteidigung von Demokratien in der »Dotscheria« in Weiden.

von Ruba Aburas

Neuer Kreisvorstand bei der GEW Weilheim-Schongau/Garmisch-Partenkirchen

Anfang August fanden im GEW-Kreisverband Weilheim-Schongau/Garmisch-Partenkirchen Neuwahlen statt. Die Grundschullehrerin Elisabeth Schlichte aus Ettal löst nun mich, die ich den Vorsitz über mehrere Jahre kommissarisch innehatte, ab. Zweite Vorsitzende bleibt Barbara Leonhardt (Bad Kohlgrub). Bernd Salvermoser (Weilheim) führt weiterhin die Kasse. Hans Ressler (Altenstadt) ist unser Schriftführer. Hermine Sagmeister (Hohenpeißenberg) und ich (Schongau) fungieren künftig als Beisitzerinnen. Patrik Schlichte (Ettal) und Ernst Buhl (Schongau) prüfen die Kasse.

Bei der Mitgliederversammlung war auch Bernd Pfeiffer, der neu gewählte oberbayerische GEW-Bezirksvorsitzende aus Landsberg/Lech, zu Gast. Im Anschluss an die Versammlung lud der Kreisvorstand die Anwesenden in den Biergarten der »Rigi-Alm« in Hohenpeißenberg ein. Auch dort wurde der eklatante Personalmangel nicht nur an den bayerischen Grund-, Mittel- und Förderschulen, sondern auch in den Kitas und anderen pädagogischen Einrichtungen beklagt. Leidtragende sind neben den Beschäftigten auch die Kinder und Jugendlichen. Ihre Bildungschancen verschlechtern sich zusehends.

Außerdem kritisierten wir das einschneidende »Streichkonzert« des Kultusministeriums für das aktuelle Schuljahr: Differenzierungsstunden werden gestrichen, ebenso wie die Arbeitsgemeinschaften, die Kooperationen zwischen Kindergarten und Grundschule, die Schulentwicklungsmoderator*innen, die Beratung hinsichtlich »Digitale Bildung«, die Maßnahmen zur individuellen Förderung und das Programm »DeutschPlus«. Gleichzeitig werden die Klassen vergrößert. Es gelingt dem Ministerium nicht mehr, das Bildungssystem angemessen auszustatten. Egal, wo man hinschaut, in den Kollegien wollen kein Optimismus und keine Vorfremde auf das neue Schuljahr einkehren. Angesichts der vielen Belastungen herrscht das blanke Grausen. Die Folge: Schulleitungen quittieren ihren Dienst, Studienreferendar*innen treten ihre Planstellen nicht an, Lehrkräfte gehen zum Amtsarzt. Keine gute Werbung für den Lehrberuf!

Auch in der frühkindlichen Bildung und in den Horten ist der Fachkräftemangel immens und die Belastungen für die Beschäftigten nehmen aufgrund der aktuellen Maßnahmen aus dem Sozialministerium ein bisher nie dagewesenes Ausmaß an.

Darüber hinaus beginnt Corona bereits jetzt erneut um sich zu greifen. Die Zahlen der Erkrankten steigen. Die für Bildung zuständigen Ministerien fahren aber weiter auf Sicht und setzen auf Eigenverantwortung, auch in der Pandemiebekämpfung. Eine Testpflicht an Schulen wird es nicht mehr geben. Die GEW Weilheim-Schongau/Garmisch-Partenkirchen fordert eine Taskforce an den Ministerien, die Lösungen hin zu einem zukunftssicheren, inklusiven und gerechten Bildungssystem entwickelt.

von Irmgard Schreiber-Buhl



Vordere Reihe (v. l. n. r.): Hermine Sagmeister, Irmgard Schreiber-Buhl, Elisabeth Schlichte, und Barbara Leonhardt,
Hintere Reihe (v. l. n. r.): Hans Ressler, Bernd Salvermoser, Bernd Pfeiffer und Patrik Schlichte

Frauen* in Führung! »Gelassen und erfolgreich führen« Seminar für GEW-Frauen* mit Führungserfahrung und -interesse in Beruf und Ehrenamt

So lautete der Titel des ausgebuchten Seminars, das der Landesfrauenausschuss (LFA) im Rahmen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit durchführte. Teilnehmerinnen* aus der Kinder- und Jugendhilfe, Schule sowie Sozialen Arbeit, aus Erwachsenenbildung und Hochschule sowie aus fast allen Regierungsbezirken tauschten sich über ihre unterschiedlichen Arbeitsbereiche und ihre Vorstellungen von guter Führung aus.

Manuela Reichle, Referentin für Frauenpolitik bei der GEW Baden-Württemberg, die aus gesundheitlichen Gründen leider nicht in Präsenz dabei sein konnte, leitete das Seminar per Videoschaltung. Vor Ort unterstützte ich sie als Mitglied des LFA-Vorstandsteams, indem ich die Strukturen und Schwerpunkte der Frauen- und Gleichstellungspolitik in der GEW vorstellte.

Frauen* bringen viele Kompetenzen für eine gute Führung mit: Sie hören aufmerksam zu, sind fachlich kompetent und suchen bei Problemen und Konflikten Lösungen, die auf Akzeptanz stoßen. Dennoch haben Frauen* es oft schwerer, als Führungskraft ernst genommen zu werden. Die Fähigkeit, sich auf andere und die Situation einzulassen, wird leider immer wieder als mangelnde Durchsetzungskraft missverstanden. Wenn Frauen* entschieden auftreten, gelten sie als aggressiv.

Führung ist für Frauen* dann attraktiv, wenn sie kooperativ z. B. in Form von Teamarbeit erfolgt. Auch eine offene Kommunikation, ein respektvoller Umgang, ein umfassendes Mitspracherecht aller und

die Möglichkeit, gemeinsam etwas zu gestalten, sind ein guter Motor. Die eigenen und die spezifisch weiblichen Hindernisse – die sogenannten »Antreiber« – zu erkennen, war für alle sehr aufschlussreich.

Führungsprobleme thematisierten wir ebenfalls. So kommt es bei Personalausfällen, Fachkräftemangel, mangelnder Kooperation z. B. mit Ämtern sowie beim Auftreten einer Teilzeitproblematik im Team zu Überlastungen. Häufig erschweren die Rahmenbedingungen wie mangelnde Ressourcen, schlechte Entlohnung, fehlende personelle und räumliche Ausstattung, mangelnder Rückhalt vonseiten der Ebene darüber oder innerhalb der Trägerstruktur eine erfolgreiche Führung.

Daraus resultieren konkrete Forderungen an die Politik: mehr Zeit für Leitung in Kitas und Schulen, Kampagnen, um Fachkräfte für die pädagogischen Berufe zu gewinnen, monetäre Aufwertung in Tarifverträgen und A 13/E 13 für Lehrkräfte in Grund- und Mittelschulen sowie im Stundenplan ausgewiesene Stunden für Teambesprechungen.

Trotz der erschwerten Umstände aufgrund des Hybridseminars arbeiteten und diskutierten wir konstruktiv in einer gelösten und offenen Atmosphäre. Am Ende der Zeit wünschten sich einige, das Thema fortzuführen. Das nehmen wir gerne auf!

von Renate Oehler

**Die Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken
lädt zu einem Vortrag mit Diskussion ein**

Schule, Arbeit und Gesellschaft: Inklusion gescheitert

Referent: **Prof. Dr. Klaus Weber**

Sozialwissenschaftler an der Hochschule München mit den Arbeitsschwerpunkten Sozialpsychologie, Soziale Arbeit und Faschismus, Subjekt und Gesellschaft

am 20.10.2022, 18.00 Uhr

Gewerkschaftshaus, Kornmarkt 5-7, 90402 Nürnberg

Anmeldung per Mail an inklusion@gew-bayern.de

Hinweis: Diese Veranstaltung ist Teil der Veranstaltungsreihe »Inklusion - und nun?«. Die Abschlussveranstaltung »Nach der Inklusion die Selektion? Schulische Übergangskulturen zwischen Inklusionspotenzialen und Exklusionsrisiken« mit dem Referenten Prof. Dr. Marc Thielen findet am 7.3.2023 statt.

Bundesweiter Aktionstag am 14. Oktober zum geplanten »Bürgergeld«

Für Ende 2022 hat die Ampelkoalition die Einführung des lange angekündigten »Bürgergeldes« in Aussicht gestellt und es als »Überwindung von Hartz IV« angepriesen. Eine Reform des Systems der Existenzsicherung, die das repressive, Armut und Angst verursachende Hartz-IV-System tatsächlich überwinden würde, ist überfällig. Leider lässt der vorliegende Gesetzentwurf erhebliche Zweifel aufkommen, ob dieses Ziel erreicht wird. Deshalb sollten Erwerbslose und Beschäftigte jetzt aktiv werden und sich am bundesweiten Aktionstag des Bündnisses »AufRecht bestehen« beteiligen:

**Für eine armutsfeste und repressionsfreie Grundsicherung –
Macht mit!**

Den Forderungskatalog und eine Übersicht über Veranstaltungen und Kundgebungen findet ihr hier: erwerbslos.de/aktivitaeten

Herzliche Einladung zu einer Online-Veranstaltung der GEW Rhein-Neckar-Heidelberg

Kinderarbeit in Palästina Die Situation arbeitender Minderjähriger unter Besatzung

Millionen Kinder in aller Welt sind gezwungen, auf ihre Rechte auf Bildung, Freizeit und Schutz vor Ausbeutung zu verzichten, um durch ihre Arbeit das Überleben der Familie zu sichern. Im besetzten Palästina erfahren arbeitende Kinder und Jugendliche ihre Rechtlosigkeit besonders einschneidend, denn israelisches Militär kontrolliert dort das Land; israelische Siedler*innen, die palästinensisches Land illegal in Besitz genommen haben, bedrohen palästinensische Minderjährige auf ihrem Weg zur Arbeit; Mauern und Checkpoints engen die Bewegungsfreiheit ein.

Referent: **Dr. Shir Hever**

Mitglied der »Jüdischen Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost«, Wirtschaftswissenschaftler, Journalist und Buchautor. Dr. Shir Hever ist ein ausgewiesener Kenner der Situation im Nahen Osten. Er hielt sich zuletzt im Juni 2022 in Palästina auf.

Moderation: Ekkehart Drost, Göttingen

Donnerstag, 27. Oktober 2022, 19.30 Uhr

Link: <https://meet.goto.com/536204909>

Zugangscode: 536-204-909

Sie können sich auch über ein Telefon einwählen:
+49 891 2140 2090

Nachfragen:

Agnes Bennhold (a.bennhold@online.de), Heidelberg

Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ...

Diese Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Dorothea.Weniger@gew-bayern.de

Diese Liste der GEW-Kontakte füllt sich. Weil der Platz hier begrenzt ist, haben wir den Hinweis, dass Termine nach Vereinbarung stattfinden und deshalb abgefragt werden müssen, durch ein Sternchen (*) ersetzt.

Altötting Treffen nach Vereinbarung. *

Kontakt: Karin Ebensperger, karinebensperger@gmx.de

Ansbach Pädagogischer Stammtisch in regelmäßigen Abständen, Termine dazu und weitere Informationen: www.gew-ansbach.de
Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 09802 953142, gew.kvansbach@gmail.com

Aschaffenburg/Miltenberg * Kontakt: Monika Hartl, ☎ 069 22220939
mail4moni@gmx.de

Augsburg Termine/Infos: gew-augsburg.de,
Treffen jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr, im Augsburger
GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2
Kontakt: Katrin Fischer, vertretung@gew-augsburg.de

Bad Tölz/Wolfratshausen
Stammtisch 2. Mittwoch im Monat (Geretsried od. Bad Tölz) 20.00 Uhr
Kontakt: Gisa Pfner-Reichelt, ☎ 08171 909344 oder 0152 07507711

Bamberg Aktuelles: www.bamberg.gew-oberfranken.de
Kontakt: ☎ 0951 67888, ba@gew-oberfranken.de

Bayreuth/Kulmbach Treffen jeden 3. Donnerstag im Monat (außer
Ferien), 18.30 Uhr, Gaststätte »Die Laus«, Bayreuth, Hoffmann-Von-
Fallersleben-Str. 24

Kontakt: kv.bayreuth-kulmbach@gew.bayern

Coburg Nächstes Treffen wird per Mail angekündigt
Kontakt: Jürgen Behling, kv-cokclif@gew.bayern

Donau-Ries/Dillingen mittwochs nach Vereinbarung, 19.30 Uhr,
Posthotel Traube Donauwörth
Kontakt: Gudula Zerluth, ☎ 09090 3986, zerluth@web.de

Erding Stammtisch jeden dritten Donnerstag des Monats (außer Ferien)
19.30 Uhr beim Wirt in Riedersheim
Kontakt: Heidi Oberhofer-Franz, heidi.oberhofer-franz@gew.bayern

Erlangen jeden Montag Sprechstunden von 17.00-18.00 Uhr (nur
telefonisch), Arbeitslosenberatung: jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat,
18.00 - 19.00 Uhr (nur telefonisch), Friedrichstr. 7,
Kontakt: ☎ 09131 2065462, info@gew-erlangen.de,
www.gew-erlangen.de

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr
Vogelgässler, Vogelstr. 16
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 09191 702432, andihartmann@web.de

Freising * Kontakt: Tina Buchberger, ☎ 0160 95908582

Fürstenfeldbruck/Dachau * Kontakt: Margot Simoneit
☎ 08141 539154, margot.simoneit@gew.bayern

Fürth Sprechzeiten im GEW Bezirksbüro, Luisenstr. 2, 90762 Fürth
nach Vereinbarung
Kontakt: ☎ 0911 6589010, mittelfranken@gew.bayern

Hof-Wunsiedel Treffen jeden 2. Donnerstag im Monat,
abwechselnd in Hof bzw. Selb, Ort und Termin: www.gew-oberfranken.de
Kontakt: Karlheinz Edelmann, ☎ 09281 93921, edekarl@yahoo.de

Ingolstadt/Eichstätt/Neuburg/Donau
Kontakt: Andrea.Oberhofer@gew.bayern

Kempten/Oberallgäu
Kontakt: schwaben@gew.bayern

Landshut/Westliches Niederbayern * Offenes Treffen jeden 2. Donnerstag
im Monat, 18.30-20.00 Uhr, Café International, Am Orbankai 4, Landshut
Kontakt: Markus Weinberger, landshut@gew.bayern

Lindau * Kontakt: Gerold Maier, ☎ 08381 5183 * gew-gerold@web.de

Main-Spessart * Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos, ☎ 09352 5768
oder Wolfgang Tröster, ☎ 09353 8181

Memmingen/Unterallgäu * Kontakt: Ute Haid, ☎ 0171 4244756,
gew-unterallgaeu@gmx.de

München Fachgruppe Berufliche Schulen *
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 089 3088243

München Fachgruppe Grund- und Mittelschulen
Termine: gew-muenchen.de
Ansprechpartnerin: Christiane Wagner, christiane.wagner@gew-bayern.de

München Fachgruppe Gymnasien * Kontakt: Michael Hatala,
☎ 0176 39579577, michael.hatala@gew-muenchen.de

München Fachgruppe Hochschule und Forschung
Termin: [Vgl. gew-muenchen.de/fachgruppen/hochschulforschung/huf/](http://Vgl.gew-muenchen.de/fachgruppen/hochschulforschung/huf/)

Kontakt: huf@gew-muenchen.de

München Fachgruppe Realschulen * Kontakt: Michael Hemberger,
hembergermichi@gmail.com

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Wolfram Witte, ☎ 089 134654, WolframWitte@gmx.net

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe
Treffen nachfragen * sozpaed@gew-muenchen.de
Programm: www.gew-muenchen.de

**München Lehramtskampagne an der Universität
und GEW-Studierende**, Kontakt: la-m@gew-bayern.de

München AK Personalräte und Vertrauensleute
monatliche Treffen: Mittwoch 17.00 Uhr, *
Kontakt: Mathias Sachs, SachsMathias@aol.com

München AK Union Busting *
Kontakt: ak-ub@gew-muenchen.de

München Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM)
* Kontakt: daniela.kern@ajum.de, ☎ 0170 5430455

München GEW-Seniorinnen und Senioren
Jour-fixe-Termine nachfragen *
Kontakt: Irene Breuning, ☎ 089 7853746

Neumarkt/Oberpfalz
Treffen nachfragen*
Kontakt: sigrid-schindler@web.de

Neu-Ulm/Günzburg
Treffen: monatlich, * Gasthaus Lepple, Vöhringen oder Zur Goldenen
Traube, Witzighausen
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 07307 23396,
ulrich.embacher@gmail.com

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen *
Kontakt: Steffi Ungethüm, Steffi.Ungethuem@stadt.nuernberg.de

Nürnberg Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe, Monatliche Treffen.
Kontakt: Mario Schwandt, sozpaedberufe@gew-nuernberg.de

Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken
Treffen nachfragen*
Kontakt: K. Hübner: khoebner@posteo.de und
F. Kohl: florian.kohl@gew.bayern

Nürnberg/Fürth offener Stammtisch für alle Fachgruppen *
Kontakt: gew-mittelfranken@nefkom.net, ☎ 0911 6589010

Nürnberg Büro für Lebenserfahrung
Aktivitäten und Infos: gew-nuernberg.de
Kontakt: Wolfgang Streidl, ☎ 0171 9275449, wastreidl@yahoo.de

Nürnberg Land * Kontakt: Gerd Schnellinger, ☎ 0179 4259064,
gerd.schnellinger@gew.bayern

Passau/Östliches Niederbayern Treffen alle zwei Monate
Kontakt: Tobias Korter, kv-passau@gew.bayern

Pfaffenhofen jeden 2. Donnerstag im Monat
20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Sokrates in Niederscheyern
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 08441 71192, Lang-Reck@t-online.de

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, im »Stefanos«,
Ostengasse 16 (»Brandlbräu«), Bürozeit: jeden Donnerstag außerhalb
der Ferien von 18.00-19.00 Uhr im Büro in der Obermünsterstr. 4
Kontakt: Peter Poth, ☎ 0941 566021

Roth/Schwabach/Hilpoltstein *
Kontakt: Joscha Falck, gew.rh-sc@gmx.de

Schweinfurt jeden 2. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 09721 186936

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr
Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 09661 7755,
manfred.schwinger@asamnet.de

Weiden jeden 2. Monat, 19.30 Uhr, an wechselnden Orten *
raul.vitzthum@gew.bayern, Kontakt: Raul Vitzthum, ☎ 0151 15551475

Weilheim-Schongau/Garmisch-Partenkirchen *
Kontakt: Irmgard Schreiber-Buhl, ☎ 08861 9789
wm-sog-gap@gew.bayern

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr Casino
Kontakt: Harald Morawietz, post@gew-wug.de, gew-wug.de

Würzburg monatliche Treffen, *
19.00 Uhr, Gaststätte »Am Stift Haug«, Textorstr. 24, 97070 Würzburg
Kontakt: Jörg Nellen, ☎ 0931 29194129, presse@gew-unterfranken.de